

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 4 Mal und ist durch die Expedition, Kassa Straßengr. 176, und durch Postposten zu beziehen. Preis vierteljährlich 2.50, halbjährlich 4.50, einjährlich 8.00. Durch die Post bezogen 2.50, frei ins Haus 2.92, wo keine Post am Orte, 3.24.

Subskriptionspreis: Ein Jahr für die einjährige Geldzeitung über den Namen 20 0/10, halbjährlich 10 0/10, vierteljährlich 5 0/10. Postgebühr für Arbeitsmarkt 15 0/10, Subskription 25 0/10. Besondere Bedingungen: Einmalige Beiträge 15 0/10, Subskription für die nächsten 3 Monate 10 0/10, Subskription für die nächsten 6 Monate 15 0/10, Subskription für die nächsten 9 Monate 20 0/10. Einmalige Beiträge für die nächsten 3 Monate 10 0/10, für die nächsten 6 Monate 15 0/10, für die nächsten 9 Monate 20 0/10. Einmalige Beiträge für die nächsten 12 Monate 25 0/10.

Telephon Redaktion 3141.

Telephon Expedition 1206.

Nr. 200.

Breslau, Mittwoch, den 27. August 1913.

24. Jahrgang.

Bebel und die Armee.

Ein früherer Offizier schreibt uns folgende Zeilen, die gerade zum Beginn der Kaisermandat in Schlesien ihre Bedeutung haben:

Bebel hat sich bekanntlich auch viel mit militärischen Angelegenheiten beschäftigt und war ein besonders eifriger Vorläufer des Erfolges des stehenden Heeres durch die Volkswacht. Beliebt war er bei den Offizieren und Unteroffizieren im allgemeinen nicht. Er spielte in der Armee vielfach sogar eine Rolle, wie sie dem Teufel in der Gedankenwelt gläubiger Katholiken zukommt. Daß die Berufsoffiziere über seine Reformvorschlüsse meistens überlegen lächelten, ist klar, denn Bebel war Zivilist, und Berufssoldaten setzen auf Zivilmenschen, die die Armee abfällig kritisieren, gewöhnlich geringschätzig herab. Aber im Laufe der Zeit hat die harte Notwendigkeit dazu geführt, daß manche der Forderungen, die Bebel einst vergeblich aufstellte, jetzt der Erfüllung entgegengehen. Schon vor zwanzig Jahren machte er gegen die schreienden Farben mancher Uniformen, gegen die glitzernden und blinkenden Uniform- und Ausrüstungsteile, die dem Gegner die Stellung auf weite Entfernungen verraten, Front, und jetzt ist auch die Heeresverwaltung so weit, daß sie wenigstens im Kriegsfall die Armee nicht mit blank gepuzten Knöpfen, blinkenden Helmemblemen etc. hinausführt. Wäre die Bebel'sche Anregung sofort gefolgt, so hätte sie jetzt nicht noch riesige Bestände von veraltetem Uniformtuch und Ausrüstungsgegenständen auf Lager. Es wäre sogar sehr zu wünschen, daß das Kriegsmintertium die einschlägigen Äußerungen Bebel's noch mehr beachten würde. So schrieb er in seiner Schrift: „Nicht stehendes Heer sondern Volkswacht!“. „Der Helm wie die verächtlichen, in der Armee im Gebrauch befindlichen Kopfbedeckungen sind samt und sonders äußerst unpraktisch und für den Mann eine Last.“ Es ist auch zum Beispiel vom taktischen Standpunkt aus unbegreiflich, daß die Wägelhaube noch nicht von der Bildfläche verschwunden ist, denn ihre Spitze macht den Mann größer als er ist, und das ist angesichts der durch die moderne Feuerwirkung bedingten Notwendigkeit, die Kämpfer dem Auge des Gegners möglichst zu entziehen, nicht unbedenklich. Liegenden Schützen kann die Spitze unter Umständen, zum Beispiel in vollkommen ebenem Gelände, sehr fatal werden.

Ganz besonders muß hervorgehoben werden, daß Bebel eine gute körperliche, auch auf die künftige Militärdienstzeit Rücksicht nehmende Ausbildung der Jugend schon in einer Zeit fordernte, in der die meisten Berufsoffiziere sie noch für überflüssig hielten. Schon vor 20 Jahren verlangte er unter anderem auch, daß die Jungen schon frühzeitig Übungsmärsche und Felddienstübungen ausführen sollen. Und jetzt sind die bürgerlichen Klassen auf die militärische Vorbereitung der heranwachsenden männlichen Jugend bereit, das ist zur Soldatenspielerlei wird, die in manchen Fällen durchaus nicht ungefährlich ist. Bebel hat sich die Sache freilich anders vorgestellt, aber auf jeden Fall ist die militärische Vorbildung der Jugend nunmehr Wirklichkeit. Und in einigen Jahren wird man, auf ihr fußend, eine Verkürzung der aktiven Dienstzeit noch energischer fordern können als bisher. Mag das Bürgertum auch mit seinen Wehrkraftvereinen etc. der Sozialdemokratie ein Schnippschen schlagen wollen, am Schluß wird doch die den Vorteil haben.

Ein großes Verdienst um die Armee hat Bebel sich mit seinem unermüdbaren Kampf gegen die Soldatenmishandlungen erworben. Dieser Kampf war namentlich in den Zeiten, in denen in der Armee noch das geheime Gerichtsverfahren vorgeschrieben war, eine Wohltat für viele Mannschaften; denn wohl gar manchen Unteroffizier und viele auch Offizier hat der Gedanke, daß Bebel davon erfahren könnte, von Mißhandlungen abgehalten. Den Kriegsmintertium ist der Eifer, mit dem Bebel die Soldatenqualereien auf das Korn nahm, wahrhaftig seine unangenehmste Seite gewesen, denn hier traf er den wunden Punkt der Armee. Aber eigentlich hätte er Anerkennung verdient, denn durch ihn haben sie Dinge erfahren, die sonst nicht zu ihrer Kenntnis gekommen wären.

Die vielen Mitteilungen, die gerade er über Soldatenmishandlungen erhielt, bewiesen auch das große Vertrauen, das er in allen Schichten des Volkes genoss. Es ist ja im Deutschen Reich wirklich keine Kleinigkeit, wenn Angehörige eines drangsalterten Soldaten es wagen, gerade einem sozialdemokratischen Abgeordneten um Hilfe zu bitten.

Die Anhänger des Bestehenden haben sich oft bemüht, Bebel als Feind der Armee hinzustellen. Das war natürlich ein durch und durch ungerechtes Beginnen, denn seine angebliche Feindschaft gegen die Armee bestand in Wirklichkeit nur darin, daß er meinte, das Heer dürfe nicht sein als ein reines Kriegsinstrument zur Verteidigung des Vaterlandes gegen etwaige Angriffe. Das ist auch zweifellos die

eigentliche Bestimmung einer Armee. Seine Gegner aber wollen die Armee auch noch für andere Zwecke verwenden, zum Beispiel zur Verherrlichung des monarchischen Prinzipals, zum Eingreifen bei Streiks, zur Dämpfung revolutionärer Ideen etc. Und weil er hier selbstverständlich nicht mittat, sagten sie, er stehe der Armee feindlich gegenüber, wolle das Reich wehrlos machen und was berlei auf die Angst des Spießbürgers berechnete Nebenwichtigkeiten mehr sind.

Die Geschichtsschreiber der deutschen Armee können jetzt freilich noch an Bebel vorübergehen. Aber in vierzig oder fünfzig Jahren werden sie es nicht mehr können, denn dann wird die Volkswacht, die Bebel verlangte, in die Tat umgesetzt sein.

Politische Uebersicht.

Wie in Raguit-Pittkau gewählt wurde.

Ueber die Versuche, die Wahlfreiheit systematisch einzuschränken, die von den Konservativen des Kreises Raguit unternommen wurden, teilt das „N. Z.“ folgendes mit: Die konservative Wahlkreisleitung versandte „Streng vertraulich“ die nachstehende „Wahltagaparole“:

„Die Herren Vertrauensleute versammeln sich mit den Schlepfern um 1/2 Uhr vormittags in jedem Ort und der am Freitag abend bestimmten Sammelstelle. Das Fuhrwerk muß sich hier auch pünktlich um 1/2 Uhr einfänden. Bis 1/2 Uhr sind unsere sämtlichen Wähler zu sammeln. Alten und kränklichen Wählern ist in erster Linie ein Platz auf dem Wagen anzubieten. Pünktlich 1/2 Uhr hat die Abfahrt mit unseren sämtlichen Wählern zum Wahllokale zu erfolgen. Fuhrkosten und sonstige Ausgaben werden auf Wunsch erstattet. Nach Eröffnung der Wahlhandlung treten unsere Wähler geschlossen an die Urne. Durch die Listenführer ist an der Hand der beiliegenden Listen bis 1/11 Uhr festzustellen, wer von unseren Anhängern noch nicht gewählt hat.“

Wenn dieses „Antreten“ zur Wahl, das natürlich jede Willensfreiheit der abhängigen Wähler ausschließt, wirklich entsprechend der konservativen Anweisung gesüßt werden ist, so ist es selbstverständlich, daß der Reichstag die Wahl kassiert.

Langen wird sich also Herr Gottschall seines Reichstagslebens nicht freuen!

Voran es hapert.

Herr Dr. Bornträger, ein sehr frommer und sehr konservativer Herr, setzt seine Kassandraruhe über den Geburtenrückgang fort. Neuerdings läßt er sich in einem hyperorthodoxen Blättlein, „Kreuz und Kraft“ genannt, vernehmen. Mit aller Energie wendet er sich gegen die Behauptung, die wirtschaftliche Not in Deutschland trage die Schuld an der Minderung der Kinderzahl. Er „beweist“, von einer solchen Not könne keine Rede sein, Deutschland habe genügend Geld übrig für Kinder. Das ist zweifellos richtig. Deutschland hat genug Geld, um mehr Kinder als bisher zu ernähren und zu erziehen. Wenn das Geld richtiger verteilt wäre, und wenn das überschüssige Geld anders verwendet würde, d. h. nicht für Uebermilitarismus, sondern für Kulturzwecke, so wäre eine Einschränkung der Kinderzahl unnötig. Aber wird Herr Bornträger sich unserem Kampfe für eine andere Verteilung und Verwendung des Geldes in Deutschland anschließen? Wir glauben kaum. Und deshalb wird er sich mit dem für Regierung und Kapitalismus so unangenehmen Geburtenrückgang auch weiterhin wohl oder übel abfinden müssen.

Die Partei der Denunzianten.

Bekanntlich war es der freikonservative Redakteur Zippold, der einen Denunzianten anwarb, um in Waldenburg in Schlesien einige Genossen wegen Meineides ins Zuchthaus bringen zu können. Der „Deutsche Bauernbund“, das Organ der nationalliberalen Landwirte-Vereinigung, weiß jetzt aus Salzwebel-Garbelegen eine neue konservative Denunziation zu berichten:

„Ein konservativer Herr richtete ein Schreiben an die Eisenbahndirektion Magdeburg, in welchem zur Anzeige gebracht wurde, daß ein Eisenbahnarbeiter am 1. Juni der sozialdemokratischen Versammlung in Gardelegen beigewohnt habe. Da selbstredend ein solcher Arbeiter von der Bahnverwaltung sofort entlassen wird, wurde eine Untersuchung eingeleitet. Die Direktion ließ am 15. Juli in Gardelegen sämtliche Eisenbahnarbeiter antreten, und es erschien — der Herr Redakteur des konservativen Gardelegener „Kreis-Anzeigers“ und „bestalligte“ die Eisenbahnarbeiter im Beisein des Bahnhofsvorstandes. Einen Mann namens Günther stellte er fest als benutzenden, der jene sozialdemokratische Versammlung besucht hätte. Der konservativen Redakteur erlebte aber einen sürstlichen Vereinstill und mußte tiefbetäubt wieder abziehen — denn dieser Günther konnte zweifellos sein Alibi nachweisen! — Er entging dadurch dem Schicksal der Entlassung. Diese beweislose konservative Denunziation ist ein Musterbeispiel geübter Wahltäuschung; denn jene sozialdemokratische Versammlung war schon am 1. Juni, wenn den Konservativen soviel an der Ermittlung des angeblichen Bahnarbeiters lag, der die sozialdemokratische Versammlung besucht haben soll, dann hätten sie ja gleich Anzeige erstatten können: Sie haben aber wohlweislich damit gewartet, bis nach der Stichwahl. Da wollte man zuvor noch

gar zu gern die Stimme der Eisenbahner. Als aber Doktor Böhme gewählt wurde — da waren die Konservativen sehr eifrig mit ihrer Denunziation. „Schutz den Arbeitswilligen“ — riefen die Konservativen in jeder Wahlsammlung. Einverstanden, aber mit dem Zusatz: „Vor konservativen Denunzianten!“

Die konservative Partei scheint sich nach dieser Mitteilung zu einer Partei der Denunzianten auszuwachsen zu wollen. Dagegen läßt sich nun nichts tun. Politisches Anstandesgefühl ist eben nicht jedermanns Sache. Aber man wird fragen dürfen, wie die Eisenbahnverwaltung dazu kommt, auf die Denunziation irgend eines konservativen Zeitungsschreibers hin eine Untersuchung gegen die Eisenbahnarbeiter einzuleiten und den Denunzianten noch die Möglichkeit zu geben, sich den vermeintlichen Täter unter den Eisenbahnern auszuwählen. Die Eisenbahnbehörde hat überhaupt kein Recht, jemanden wegen seiner Abstammung und Wahl zur Rechenschaft zu ziehen, wenn Verfassung und Wahlrecht nicht zur Farce werden sollen.

Die deutsch-französische Geste.

Jeder Tag bringt neuen Schwindel, neue Erfindungen, neue Aufbauschungen lächerlicher Zwischenfälle. Nachdem sich die „Post“ halb tot gelogen, springt für die Erschöpften ihre Eßener Gefinnungsgefährtin, die „Rhein. Westf. Zeitung“, ein. Sie berichtet:

16 elässliche Arbeiter, welche von einem Unternehmer in Mülhausen angeworben wurden, um Arbeiten an den Kaiserbauten in Loul auszuführen, wurden auf der Baustelle mit beleidigenden Zurufen empfangen. Schließlich wurde die Menge, die sich angesammelt hatte, sehr erregt und brang mit Batten und Knütteln auf die elässlichen Arbeiter ein. Von Militär oder Polizei zum Schutze war nichts zu bemerken. Die Arbeiter mußten unter Hinterlassung ihrer Habe flüchten und konnten erst in Rangzig polizeiliche Unterstützung erhalten.

Nähere Nachrichten über diesen „Zwischenfall“ — wir wissen nicht, dem wievielten der letzten vierzehn Tage — werden abzuwarten sein. Hoffentlich handelt es sich nicht um arbeitswillige Lohnrücker, denen der unfreundliche Empfang bereitet wurde, dann wird ohne Eingreifen der Regierung, das von der chauvinistischen Presse schon wieder gefordert wird, eine Regelung der Angelegenheit durch die Organisationsrat der Arbeiter sehr leicht zu erzielen sein.

Natürlich lassen es die französischen Chauvinisten nicht an Revanche fehlen. Sie erzählen Geschichten von Mißhandlungen von Franzosen in Deutschland, die genau so erlogen sind, wie die Nordgeschichten umgekehrter Tendenz. So berichtet der „Matin“ aus München:

Die Herren Desmoulin und Larocque wollten nach ihrem Bericht bei einem Händler in der Neuhauer Straße Ansichtskarten kaufen, die mit 10 Pfennig pro Stück ausgemacht waren, für die der Händler jedoch 20 Pfennige verlangte, als er merkte, daß er Fremde vor sich habe. Sie hätten drei Karten genommen, der Händler habe sie ihnen aber während aus der Hand gerissen und sie beschimpft, so jagte er sie aus. Sie hätten sehr ruhig Mäßigung verlangt, der Händler habe aber mit großer Gewalt eine große Menschenmenge auf der Straße herbeigelockt. Die Leute hätten sofort gegen die Franzosen Partei ergriffen. „Erdrosselt sie“, hätten die einen, „hängt sie hoch auf, die schmierigen Franzosen!“, so die anderen gerufen. Von allen Seiten seien im Falle Stöße und Schirme niedergesaus. Endlich habe sich ein Polizist, der, wie der Bericht sagt, „zufällig“ dort gearbeitet, ins Mittel gelegt und diesen Szenen ein Ende bereitet.

Nach Mitteilungen der Münchener Polizei ist auch diese Geschichte eine Erfindung. Nun können die deutschen Wahrheitsliebenden, die sich im Fall Schneider so ausgezeichnet, zur Abwechslung auf die französischen Schwindler schimpfen. So bringt jeder Tag neue Unterhaltung. Gibt es denn keine Hilfe gegen dieses Lügengestindel?

Der Frieden von Metz.

Auch der Friede von Metz war wie so vieles andere, was auf dem Metzger Katholikentag gesprochen wurde, nichts weiter als eine löbliche Nebenart. Schon die sehr friedensbedürftige, weil zwischen zwei Stühlen sitzende Berliner „Germania“ äußert sich über diesen Frieden äußerst skeptisch, wenn sie ihr Nachwort zur Metzger Parade mit folgenden Worten schließt:

Dieser Rückblick auf die Metzger Tage würde eine Bitterkeit haben, wenn nicht gesagt wurde, daß selbstverständlich die Dinge, die sich so um den Frieden von Metz herumlegten, manchen mehr in seinen Gedanken bekräftigten, als die herrlichen Reden über die katholischen Ideale. Ist es ein echter Friede oder wenigstens ein Zugang zum Frieden? Wie gern würden wir die Frage mit einem glatten Ja beantworten! Hoffentlich sind die starken Kräfte, die sich für den Frieden jetzt eingelegt haben, einflußreich genug, um den Schluß des Streites zu erzwingen.

Aus dem entgegengesetzten Berliner Lager erklärt in seiner „Wahrheit und Arbeit“ Graf Oppersdorf:

Noch ehe die 60. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands zu Ende ging, hatten die Freunde der christlichen Gemeindefrieden den vom Fürsten Löwenstein feierlich proklamierten Gattesfrieden schon wieder gebrochen und auf neue die Fahne zum Kampf gegen den unversöhnlichen Wortkaut des päpstlichen Mundschreibens entrollt.

Die Taktik des Vertuschens und Verkleinerns hat also in Metz einen glatten Mißerfolg davongetragen. Sie hat nur gezeigt, daß sich der deutsche Katholikentag im Gegensatz zur Sozialdemokratie nicht stark genug fühlt, seine inneren Gegensätze offen auszusprechen.

Segen den Unfug der Kornblumentage.

Unsere sächsischen Parteigenossen machen entsetzten Front gegen den Unfug der Kornblumentage, eine Bettelei, wie sie aufdringlicher nicht gedacht werden kann. Der sozialdemokratische Verein für den 15. sächsischen Wahlkreis hat an seine Mitglieder ein Zirkular hinausgegeben, in dem mit vollem Recht gesagt wird:

Unsere Auffassung ist, daß der Staat für die darbenden Veteranen zu sorgen hat. Unsere Vertreter haben im Reichstage die Erhöhung der Veteranenbeihilfe auf 360 M. jährlich verlangt, dies ist aber von den bürgerlichen Parteien abgelehnt worden. Ein Staat, der jährlich über 1500 Mill. Mark für das Militär ausgibt, sollte es unter seiner Würde halten, eine Bettelei für die Veteranen zu genehmigen. Die Landesversammlung der sozialdemokratischen Partei nahm dazu Stellung und erwartete von der Arbeiterschaft, daß sie diesen Veranlassungen fernbleibe. Galtet nur der herrschenden Gesellschaft entgegen: Erst werden durch die verkehrte Einrichtung der gesellschaftlichen Organisation die Krüppel geschaffen und dann wird bei der Masse des Volkes gebettelt. Diesem offenen prahlerischen Gebaren der herrschenden Gesellschaft müssen wir durch unser Fernbleiben den Stempel der Verachtung ausprägen.

Was hier für die Kornblumen gesagt ist, gilt auch für die sogenannten „Privatbänder“.

Etwas zum Merken.

In der „Lilse“ widmet der Abgeordnete Raumann dem Genossen Nebel einen Gedächtnisartikel, der in der Hauptsache aus persönlichen Erinnerungen des Verfassers besteht. Von bleibendem Wert daraus ist die folgende Stelle:

Dieser Agitator des Volkes wuchs nun aber im Laufe eines langen Lebens zum parlamentarischen Führer der zahlreichsten Partei. Er rechnete mit den Ministern und sie mit ihm. Seine Kenntnisse und Erfahrungen wurden sehr umfangreich, und eine ganze Anzahl von Gesetzen entstanden direkt seiner persönlichen Anregung, z. B. die Ordnung der Arbeitsverhältnisse im Bädergewerbe. Mochte er in der Rede im Plenum oft mehr allgemeine Agitation betreiben, als an diesen Blättern gehört, so war er als Kommissionsmitglied von einer allseitig anerkannten Sachlichkeit. Er war fleißig und ehrlich, zwei einfache Eigenschaften, die aber im Leben viel ausmachen. Es kam vor, daß er Ansichten wechselte und Dinge oder Worte vergaß, aber sein Ungesicht war immer klar und konnte es sein. Man wird ihn nicht nur in seiner Partei vermissen.

Man wird sich diese Sätze merken müssen für den Fall, daß wieder einmal irgend ein freisinniges Parteisekretärlein mit der angeblichen „Unfruchtbarkeit“ der Sozialdemokratie häuslich geht.

Eine Reminiszenz

zum Deutzer Landfriedensbruchprozess.

Am 25. August verläßt der Genosse Georg Fröhlich aus Köln a. Rh. das Gefängnis zu Siegburg-Brückberg, nachdem er die ihm vom Schwurgericht zu Köln zubilligte Strafe von zwei Jahren sieben Monaten bis auf die letzte Minute verbüßt hat. Bei dieser Gelegenheit wollen wir kurz noch einmal die Geschichte streifen, die Veranlassung zu dem späteren Justizdrama gegeben hat, das über 15 Bauarbeiter eine Gesamtkasse von 23 Jahren und zwei Monaten Gefängnis verhängte.

Auf einer Baustelle in Deutz kürzte der Unternehmer Lataas den meistens nicht organisierten Gebarbeitern den Tariflohn. Als die Organisationsleitung dahinterkam, suchte sie ihren Einfluß bei dem Unternehmer geltend zu machen, und Genosse Fröhlich, als Vorsitzender des Zweigvereins Köln des damaligen Bauhilfsarbeiter-Verbandes, batte dem Unternehmer von dem Verlangen nach dem Tariflohn Mitteilung zu machen. Als der Unternehmer sich weigerte, den Tariflohn anzuerkennen, stellten die Gebarbeiter, die inzwischen Mitglieder des Verbandes geworden waren, die Arbeit ein. Der Unternehmer Lataas, anstatt sich nach dem Tarif zu richten, suchte Tarifbrecher; die Polizei ging er um Schutz für die angeordneten Elemente an, der ihm selbstbeständig bereitwillig gewährt wurde. Nach einigen Tagen hatte der Unternehmer denn auch fünf Arbeitswillige zusammengeholt, die von ebenso viel beherrschten Ordnungshütern bewacht wurden. An einem Abend erfuhr nach Arbeitsstillstand an der Baustelle ein Auslauf, aus dem heraus sich eine Prügelei entwickelte, bei der auch ein Schutzmann, der blatt gezogen hatte,

berattigt schwer verletzt wurde, daß er bald darauf an den Folgen starb. Unter den Teilnehmern des Auslaufs befanden sich eine Anzahl Streikende, die aus einer Versammlung gekommen waren. Soweit man sie erkannte, wurden sie verhaftet und unter Vorladung wegen Landfriedensbruchs gestellt. Genosse Fröhlich wurde in den Prozess hineingezogen, weil er als Leiter der Organisation in der am Nachmittag abgehaltenen Versammlung „verschleuderte Reden“ gehalten haben sollte.

Nach der ganzen Sachlage konnte niemand, der den Genossen Fröhlich persönlich kennt, glauben, daß er verurteilt werden würde. Dennoch traf ihn die ungeheure Strafe von zwei Jahren sieben Monaten, die lediglich auf das Zeugnis eines vielfach vorbestraften und übel beleumundeten Zeugen namens Hauptmann hin verhängt wurde. Die widerhaft unternehmenen Versuche, das Wiederannahmeverfahren für den Genossen Fröhlich durchzusetzen, sind gescheitert, weil einige für die Zeugenschaft in Betracht kommende Personen aus Furcht, in einen Weimereisprozess verwickelt zu werden, schweigend über unklare Angaben machten. Selbst dann, als dem Kronzeugen Hauptmann von seiner eigenen Frau vorgelesen wurde, daß er in dem Landfriedensbruchprozess gegen Fröhlich und Genossen einen Meineid geleistet habe, kam kein neues Verfahren, obgleich eine solche Aufklärung offensichtlich an die Staatsanwaltschaft gerichtet wurde. Kronzeuge Hauptmann blieb eben für den Staatsanwalt ein vollwertiger Zeuge, trotz seiner vielen Verurteilungen, seines üblen Leumundes und trotz der Anschuldigung durch seine Frau. Und Genosse Fröhlich, der bisher unbescholtene und bestbelemundete Mann, dem selbst von Unternehmern ein anerkanntes Zeugnis über seine Tätigkeit als Gewerkschaftsbeamter ausgestellt wurde, blieb der Sträfling bis zur letzten Minute seiner Strafezeit. Die Vergünstigung, die sonst Unbescholtene durch den Erlass eines Teiles ihrer Strafe erhalten, wurde dem Genossen Fröhlich nicht gewährt, weil er es verweigerte, lediglich zu diesem Zweck sich zu einer Schulb zu bekennen, von der er sich frei wußte.

Großmütlich hat Genosse Fröhlich die lange Gefängnisstrafe körperlich und geistig gut überstanden. Zwar soll sein Augenlicht durch die Gefängnisarbeit sehr geschwächt worden sein. Doch hoffen wir das Beste und wünschen dem schwer geprüften Mann baldige volle Wiederherstellung.

Sinekuren für Stabsoffiziere?

Wie die „Militärpolitische Korrespondenz“ erfahren haben will, gedenken die bürgerlichen Mitglieder der im Oktober zusammenzutretenden Kommission zur Prüfung der Rüstungslieferungen, den Antrag zu stellen, mit der Vorbereitung und Abnahme der Bestellung künftig nur Stabsoffiziere zu betrauen. Man würde damit, da Felddienstfähigkeit für diese Tätigkeit nicht erforderlich ist, eine Anzahl neuer Stellen für Stabsoffiziere bekommen. — Diese Meldung kann schon deshalb den Tatsachen nicht entprechen, weil die bürgerlichen Mitglieder der Kommission noch gar keine Gelegenheit hatten, sich zu verständigen. Daß in gewissen Kreisen der Wunsch besteht, neue Stellen für Stabsoffiziere zu schaffen, die man in der Front nicht mehr haben will, mag richtig sein, aber diesen Weg wird der Reichstag nicht beschreiten. Es ist nur nötig, daß Vorkehrungen gegen Durchstechereien nach dem System Brandt getroffen werden. Neue Stellen für Stabsoffiziere zu schaffen, würde erhebliche Summen kosten, ohne daß an der Sache selbst etwas geändert würde, denn diese Stabsoffiziere, die von den Materialien nichts verstehen, wären immer wieder auf die sachverständigen Zeugoffiziere angewiesen. Das fehlte gerade noch, daß aus Anlaß des Krupp-Prozesses neue Sinekuren für Stabsoffiziere geschaffen werden.

Reaktionärer Zusammenschluß.

Vor einigen Jahren wurde der „Reichsdeutsche Mittelstandsverband“ in Dresden unter großem konservativ-gouvernementalen Freudenrausch gegründet. Sonntag hat er in Leipzig den dritten Reichsdeutschen Mittelstandstag abgehalten. Der Besuch war viel schwächer als 1911 und 1912. Diesmal aber hatte man außer den allgewohnten Referaten — über den „angemessenen Preis“, über den heimlichen Warenhandel der Beamten, über Streikbrecherstrafe, über den Tabakruhr usw. — das gemeinsame Ziel der Zusammenkunft von Industrie, Handwerk und Landwirtschaft auf die Tagesordnung gestellt. Aus den Reden der Herren Rüdelschlag, Schweighofer (vom Zentralverband deutscher Industrieller), aus dem Winkel (Bund der Landwirte) und Dr. Kellermann (christliche Bauernvereine) ging deutlich hervor, daß diese Gemeinsamkeit sich erstreckt auf den gemeinsamen Schrei nach Anebelung der Arbeiterbewegung, Einstellung aller weiteren Sozialpolitik und Arbeiterversicherung und Aufrechterhaltung der Hochschulpolitik. Dieses gemeinsame Vorgehen gegen das deutsche Volk wird dann durch den Anspruch getönt, daß dieser Mittelstand das deutsche Volk sei und daß alle nationale Kultur in ihm verarmelten Zünlern ruhe. Parteipolitik soll das Zusammenwirken heileich nicht sein — ist ja auch nicht nötig, da ja der ganze Reichsdeutsche Mittelstandsverband samt dem

Zentralverband deutscher Industrieller und dem Bund der Landwirte maßgebend konstitutiv ist. So war es seiner „würdig“, daß der Reichstag in Leipzig durch Herrn Liebert glänzender Einsamkeit vertreten wird.

Herr v. Adler über die preussische Wahlrechtsfrage. Eine Anfrage der deutschen Parlamentskorrespondenz hat Staatsminister v. Adler, Mitglied des Herrenhauses, über die Ausfertigung einer etwaigen Regierungsvorlage über die Änderung des preussischen Wahlrechts folgendermaßen geäußert: „Ich bin prinzipieller Gegner einer Verringerung des preussischen Wahlrechts. Kleine und bedeutende Veränderungen mögen möglich und wünschenswert sein. Aber ich will weder an die Klassenwahl, noch an öffentlichen und indirekten Wahlrecht etwas geändert haben, hoffe auch ganz sicher, daß das preussische Herrenhaus alle Verringerungsversuche als hinaus abzuweisen wird.“ Die Räderchen haben sich ja schon an manchen Wandel der Weltgeschichte gewöhnen müssen, sie werden auch ein freies Wahlrecht in Preußen nicht aufhalten können.

Junggefellener. Die Kommission für Vorbereitung einer neuen Einkommensteuer für Lübeck schlägt vor durch folgende gesetzliche Bestimmung eine Junggefellenersteuer einzuführen:

„Ledige Steuerpflichtige, die keine Familienangehörigen ernähren, haben bei einem Einkommen von 2100 bis 10.000 Mark einen Zuschlag von 10 Prozent und bei höherem Einkommen einen solchen von 20 Prozent zu zahlen. Betroffene Steuerpflichtige, die keine Familienangehörigen ernähren, haben bei einem Einkommen von 10.000 M. einen Zuschlag von 10 Prozent zu zahlen.“

Eisenbahnerwünsche. Eine zahlreich besuchte Eisenbahner-Versammlung in Osnaabrück beschloß auf Reben national liberaler Abgeordneter eine Eingabe an den Eisenbahnminister in der um Lohnzulagen für einzelne Kategorien dringend gebeten wird.

Bundesrat und Zahnärzte. Nach den Ferien dürfte sich wie man der „Kreuzzeitung“ mittelt, der Bundesrat mit der Frage der Verteilung des Titels Dr. med. dent., sowie mit anderen dringenden Wünschen der Zahnärzte befassen.

Eine allgemeine Parteienversammlung mit dem üblichen höchsten Beirat fand am Montag in Kehlheim an der Donau statt. Der Prinzregent von Bayern und Wilhelm II. hielten die üblichen Reden.

Der Antrag der Reichstagsabgeordneten. Mit den letzten und den bevorstehenden Reichstagsabgeordneten beschäftigte sich in einem langen Artikel die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“. Sie stellt fest, daß sich das Stimmenverhältnis nicht sonderlich ungünstig der Rechten und zugunsten der Linken verschoben habe, und führte die Verstärkung der Linken im Reichstage darauf zurück, daß ein engeres Zusammengehen mit der Sozialdemokratie stattgefunden hat. Damit ist aber die „Deutsche Tageszeitung“ nicht zufrieden, sie rumpelt das Organ des Herrn v. Bethmann-Hollweg in folgender Weise an:

„Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ spricht sehr sarkastisch von einem näheren Zusammenrücken der bürgerlichen und sozialdemokratischen Linken. Man hätte recht wohl noch einen schärferen Ausdruck wählen können. Im übrigen ist es bezeichnend, daß die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ kein Wort der Mißbilligung für das Zerwürfene der bürgerlichen und sozialdemokratischen Linke findet.“

Vermutlich wird sich das Organ des Kanzlers gefast haben, daß mit dem Schimpfen allein an den gegenwärtigen Verhältnissen nichts geändert werden kann. Wenn laute Krakeeler etwas daran ändern würde, dann müßte die „Deutsche Tageszeitung“, die darin wirklich schon viel geleistet hat, längst auf einen Erfolg zurückblicken können.

Ein Triumph der Bureaucratie. Ein Meisterstück bürocratischer Ordnungskunst wurde dieser Tage von der Königlichen Stadtverwaltung gemacht. Für die Errichtung eines Springturmes in einer Badeanstalt waren von den Stadtverordneten 500 Mark bewilligt worden. Der Voranschlag wurde jedoch um einen Pfennig überschritten. Wegen dieses einen Pfennigs wurde ein Aktenstück angelegt und die Nachforderung eingehend begründet, dann wanderten die Akten zum Magistrat, wo die Rechnung geprüft und durch mehrere Unterschriften bestätigt wurde. Das Aktenmaterial ging darauf in das Bureau der Stadtverordnetenversammlung, von dort aus wurde es auf Anweisung des Vorsitzers in die Wohnung eines Referenten getragen; der nun mit ernster Miene die Gatsüberschreitung zweimal vor — zuerst im Ausschuss und dann in der Stadtverordnetenversammlung — und hatte natürlich einen großen Heiler!-Erfolg. Dann erst konnte der Pfennig bewilligt werden. Aber auch hiermit ist natürlich der Rundgang des Aktenstückes noch nicht beendet es wandert jetzt denselben Weg zurück.

Ob es nicht vorzuziehender gewesen wäre, den Unternehmer zu eruchen, der Stadt den einen Pfennig zu schenken? Ganz erhebliche Unkosten und überflüssige Arbeit wäre dann erspart worden. Aber das heißt ja gegen den heiligen Geist der Bureaucratie rebellieren.

Erwedi.

Ein Roman aus dem Proletariatsleben von A. Ger.

(Nachdruck verboten.)

Mit Gewalt schüttelt sie die Müdigkeit ab und eilt zu neuem Tagewerk nach dem Kantochause. Sie hält auch tapfer aus, als ihre zarten Hände sich mit Wälen bedecken und jeder Griff mit dem Rechen ihr brennende Schmerzen betruht. Und bald wird ihr auch der Lohn für ihre Standhaftigkeit. Sie läßt mit freudigem Behagen, wie ihre Brust sich hebt, ihr Körper sich strecken, und wie auch das letzte, was aus der großen Periode nach an ihrem Körper gepastet und auf ihre Seele gedrückt hatte, von ihr abfällt. Ein helles Gefühl von Kraft und Gesundheit, wie sie es noch nie empfunden hat, überläuft sie. Darüber verhängen aus ihrem Gesicht die letzten Minuten der Leidenszeit, es erstarrt wieder wie eben in holdstem Liebreiz, und die Augen strahlen Lebenslust.

Als Doktor Bauer, der einmal nach Lammengrün kommt, um sich von dem Befinden seiner Patientin zu überzeugen, sie in dieser Verfassung sieht, legt er zu Frau Rosal: „Mein Herr! Wie habe ich mich von dem Aussehen in Lammengrün verschrieben, aber was man eingereicht ist, geht hergehoß über meine kühnsten Erwartungen hinaus.“

„Ganz recht! Ich habe auch noch, als die Genesung, die durchsagen von herrlichsten Weiler begünstigt war, sich ihrem Ende zueilt. Ganz überrollt über sie, als am letzten Tage Helmut, der in der ganzen Zeit für zwei Geschäfte zum habe mit seinem heiteren Wesen noch dafür gesorgt hatte, daß auch und frohlich die Arbeit aller wärde, sich nicht schon löst. Besorgte fragt sie daher die Frau Kantor, ob denn Helmut vielleicht etwas zugefallen sei.“

„Ach nein!“ antwortet die Frau Kantor. „Er ist ganz munter. Aber morgen ist ja Reichstagswahl, und da hat er sich heute schon in aller Frühe auf den Weg nach den anderen Wahlbezirk gemacht, um alle Häuser mit Jungfrütern und Jungweibern zu belagen, und um die Leute nochmals anzujammern. Wir werden deshalb auch unser Bestes morgen auszuüben.“

Mit großer Spannung erwartet Dora am anderen Tage das Resultat der Wahl. Auch die Frau Oberförster ist angezogen. Als der Oberförster, der vom Gemeindevorstand her in den Wahlbezirk berufen worden war, sich äußert, hat sie mit der Freundin und Dora einen kleinen Streit. Sie hat die Herren Männer nicht wählen lassen, sondern die Frauen.

Tag! Auch der Herrschaft kann seine Stimme mit in die Waagschale werfen. Und wir Frauen! Null und nichts sind wir! Eine größere Ungerechtigkeit kann man sich gar nicht vorstellen!“

„Das ist wirklich wahr!“ pflichtet Frau Rosal bei. „Auch Dora nicht ihrer Seite zu, die mit zornigem Gesicht fortfährt: „Und die Männer hatten es noch obenrein für selbstverständlich, daß wir in alle Ewigkeit weiter rechtlos bleiben. — Auch die, die sonst für Fortschritt sind, machen sofort ein bedenkenliches Gesicht, wenn man von ihnen verlangt, sie sollen auch für die Gewährung von Rechten für die Frauen einreten. Bis jetzt habe ich nur einen Mann kennen gelernt, der rückhaltlos, wie alle Sozialisten, die Rechte der Frauen anerkennt. Das ist Herr Berg. Zu die Männer der Ordnungspartei gar so bornierte Philister sind, wünschte ich schon, daß sie heute von den Sozialisten tüchtige Prügel bekommen.“

Am Abend ist die Frau Oberförster doch liberalisiert, als sie hört, in welchem Maße ihr Wunsch zunächst in Lammengrün selbst in Erfüllung gegangen ist. Die Auszählung der Stimmen und die Feststellung des Resultats durch den Wahlvorstand nimmt nicht viel Zeit in Anspruch. Schon kurz nach Einlen kehrt der Oberförster heim und bringt die Nachricht mit: „Ganze sieben Stimmen sind für den Kandidaten der Ordnungspartei abgegeben worden; alle andere Stimmen fielen auf den Kandidaten der Sozialisten. So etwas ist in Lammengrün noch nicht dagewesen.“

Auch die Nachrichten, die das Amtshaus der Stadt am anderen Tage über den Wahlausfall im Reize bringt, lassen allgemein ein starkes Aufsehen der sozialistischen Stimmen erkennen. Nur für den Wahlkreis, zu dem Lammengrün gehört, bleibt das Resultat lange zweifelhaft.

Den einen Tag waltet das Amtshaus triumphierend, daß die Sache der Ordnungspartei, um am anderen Tage Kleinlaut zu berichten, es habe den Anschein, als ob doch der Kandidat der Rechten durchgekommen sei. Diefen immer erneut sich wiederholenden Nachrichten wagt erst die Bestätigung des amtlichen Wahlergebnisses ein Ende. Der Sozialdemokrat wurde mit über zweihundert Stimmen Mehrheit als gewählt proklamiert.

Dora erwartet an diesem Tage fröhliche Gesichter in Lammengrün. In ihrer Ueberraschung kommt ihr, als sie mit der Frau Oberförster gegen Abend dem Hofraum kehrt, die Frau Kantor mit beneideter Gesicht entgegen. „Was Schlimmes passiert ist, antwortet die Frau Kantor: „Beste vorläufig über der Termin gegen meinen Sohn und da ist er zu drei Monaten Gefängnis und in die Reichen verurteilt worden. Er selbst läßt ja nur darüber, aber mit tut es doch in der Seele weh, daß er für die jammern Rede, die er gehalten hat,

und zu der ich ihn erst bestimmt habe, nun ein Vierteljahr ins Gefängnis gehen soll.“

Die Frau Oberförster ist von diesem Ausgang des Prozesses sehr betroffen, und Dora vermag die Sache überhaupt nicht zu fassen. Am anderen Morgen hat die Frau Oberförster eine kleine Abhaltung und Dora geht deshalb allein mit der Witzkante nach dem Kantochause. Dort trifft sie Helmut, und sofort bestürzt sie ihn mit Fragen über den Prozeß. Es müsse bei diesem doch ein ungeheures Mißverständnis abgewaltet haben, meint sie.

„Nein, Fräulein Rosal“, antwortet Helmut lächelnd. „Der Gerichtshof war sich über die ganze Angelegenheit klar, und es hat mich offenbar mit großem Vergnügen verurteilt.“

„Was in aller Welt sollen Sie denn begangen haben?“

„Drei Delikte wurden als erwiesen angesehen.“

„Welche drei?“

„Zu! Zunächst soll ich durch mein Verhalten eine gottesdienliche Handlung gestört und schweres öffentliches Vergnügen erregt haben.“

„Das ist aber doch nicht wahr!“ ruft Dora empört.

„Der Frauen, die der Herr Pastor als Zeugen gestellt hat, haben aber bezeugt, daß mein Auftreten sie in ihren religiösen Empfindungen auf das Schmerzlichste verletzt habe. — Dann soll ich zweitens den Herrn Pastor tödlich beleidigt haben.“

„Das ist ja direkt gelogen!“ ruft Dora noch erregter.

„Der Herr Pastor hat aber bei dieser Sache selbst bestätigt, daß ich ihn vom Grabe fortgerufen und damit das Signal zu einer allgemeinen Schlußfeier gegeben habe, durch die es bis außerhalb des Preises der Leidtragenden gestiegen wurde. — Endlich soll ich noch unbefugt eine unangemeldete Versammlung unter freiem Himmel abgehalten und mich auch dadurch strafbar gemacht haben.“

„Eine Versammlung?“ fragt Dora ganz erstaunt. „Es war ja ein Leidenbegünstigt.“

„Schon recht! Das Gericht hat aber angenommen, daß durch mein Auftreten die Zusammenkunft der Leute am Grabe ihren Charakter als Leidenbegünstigt verloren und dafür der Charakter einer öffentlichen Versammlung unter freiem Himmel angenommen habe.“

„Das Urteil ist himmelstreichend ungerecht!“

„Es ist eines unter vielen. Daß ich nicht ohne Strafe davonkommen würde, war ja von vornherein sicher. Sie würden höchstwahrscheinlich etwas ähnlicher ausgefallen sein, wenn nicht in politischen Reichstagswahl gewesen wäre.“

Sozialpolitische Abteilung im Kriegsministerium. Die sozialpolitischen Angelegenheiten wurden im Kriegsministerium bisher von dem allgemeinen Kriegs-Departement bearbeitet. Am 1. Oktober ds. Js. wird für die sozialpolitischen Fragen eine besondere Abteilung errichtet, an deren Spitze der Major Schulz tritt, der gegenwärtig der Inspektions-Abteilung im Kriegsministerium angehört. Der neuen Abteilung werden alle Arbeiterangelegenheiten unterstellt. Außerdem hat sie die Beziehungen zu den staatlichen Versicherungsanstalten zu verwalten und die Unterhaltungsangelegenheiten des nicht pensionierten Personal zu bearbeiten. — Das eine besondere sozialpolitische Abteilung im Kriegsministerium eingerichtet wird, ist entschieden ein Fortschritt, aber statt eines Majors wäre es besser gewesen, einen in sozialpolitischen Fragen erfahrenen Beamten an die Spitze dieser neuen Abteilung zu stellen. In sozialpolitischen Fragen haben die Offiziere des Kriegsministeriums bisher eine geradezu überraschende Unbeholfenheit an den Tag gelegt, und wir glauben kaum, daß es besser wird, wenn diese Abteilung eine militärische Spitze erhalten soll. Allein im Kriegsministerium ist es Tradition, daß an die Spitze aller Abteilungen Offiziere gestellt werden müssen, mögen sie nun dorthin passen oder nicht; und deshalb wird man sich eine besonders erprobte Wirkung von der sozialpolitischen Abteilung in der Form, wie sie zustande kommt, nicht versprechen dürfen.

Nach Landräte werden „königlich“ empfangen. Daß im reaktionären Preußen der Landrat für allmächtig gilt, weiß man seit langem. Neuordnung tritt diese Machtstellung auch äußerlich in die Erscheinung. Wie das geschieht, das befindet der Bericht des „Neuhäuser Tagesblattes“ über den Besuch des Landrats v. Brandenstein in dem hannoverschen Drie Preiten. Es heißt da:

„Heute besuchte der Herr Landrat v. Brandenstein unseren Ort zum ersten Male. Gleich nachdem es bekannt geworden war, daß der Herr Landrat uns am heutigen Tag, mit seinem Besuch beehren wolle, kamen die Gutsbesitzer und die Ortsgemeinde überein, dem Herrn Landrat einen freundlichen Empfang zu bereiten. Am Eingang des Dries wurde eine Ehrenspalte errichtet, und hier begrüßten Frau Kammerherr v. Carnap, der Gemeindevorsteher, der Beigeordnete und der Lehrer mit den Schülern den Herrn Landrat und Frau Gemahlin. Eine Schülerin sprach ein Gedicht und überreichte Blumen. Der Kammerherr v. Carnap nahm die Herrschaften beim Schloße in Empfang. Möge es dem Herrn Landrat in unserem Drie gefallen.“

Wir bezweifeln nicht, daß dieser innige Herzenswunsch der zugehörigen „Unterthanen“ des Herrn v. Brandenstein in Erfüllung gegangen sein wird.

Erzberger illegal. Wie einige Blätter melden, ist Abgeordneter Erzberger mit besonderer kaiserlicher Genehmigung zu einer Fahrt mit dem „Z“ über die Festung Metz aufgestiegen. Diese Erlaubnis wird einer Privatperson das erste Mal erteilt. Gewissermaßen zur Erklärung dieses Ausnahmefalles wurde erwähnt, daß Wg. Erzberger Berichterstatter für den einmaligen Wehrbeitrag gewesen sei. Die Deutsche Tageszt. macht neidisch darauf aufmerksam, daß der Berichterstatter der konservativen Wg. Graf Westarp war.

Die Ehre des Offiziers. Das Krieggericht der 35. Division in Thorn verurteilte in einer unter Ausschluß der Öffentlichkeit geführten Verhandlung den Leutnant Kreisler mit 178. Infanterieregiment zu fünf Wochen Gefängnis und Arrest, weil er im Dienst durch Mißbrauch der Dienstgewalt einen Untergebenen zur Erstattung einer unrichtigen Meldung bestimmt und weil er eine unrichtige dienstliche Meldung abgestattet hatte. Der Ausschluß der Öffentlichkeit wurde damit begründet, daß nach einer Kabinetsorder des Kaisers das Ehrgefühl der angeklagten Offiziers so weit wie möglich geschont werden solle. Das Vergehen der Angeklagten bezog sich auf Unregelmäßigkeiten beim Schießen.

Ausland.

Vom Balkan.

Alle verfügbaren türkischen Truppen werden von Konstantinopel nach Thrakien entsandt, sowie alle in Kleinasien verfügbaren Truppen an die russische Grenze Armeniens dirigiert. In Konstantinopel erwartet man eine neue Demarche der Mächte, die den Zweck hat, die Türkei zu veranlassen, die Territorien im Westen der Linie Enos—Mibia zu räumen, um die Demobilisierung vorzunehmen.

Türkische reguläre Truppen Infanterie und Reiterei haben Debagah, Ghimlichina und Kanti besetzt, also das ganze Küstengebiet des ägäischen Meeres, das bereits der Londoner Friede Bulgarien zugesprochen hat. Die bulgarischen, infolge des Bularester Friedens demobilisierten Truppen sind nördlich auf die alte Grenze Bulgariens zurückgewichen. Das ganze Gebiet zwischen der ägäischen Küste und der Grenze ist in Bewegung, mehr und mehr drängt sich in Sofia die Erwägung auf, daß die Fälle der zu lösenden Balkanfragen neue Beratungen der Großmächte und ein Einschreiten nötig machen.

Begnadigung als Maskierung eines Justizmordes.

Dieser Tage hat der Schlußakt eines Justizdramas stattgefunden, das berechtigterweise allerorts großes Aufsehen erregt hat. Der Jar „begnadigte“ 47 Matrosen, die vor einigen Monaten unter der Anklage einer Mitternachtswandlung vom Kriegsschiff in Kronstadt zu Kerker- und Zuchthausstrafen bis 16 Jahren verurteilt wurden. Die sozialdemokratische Presse sprach schon zurzeit des Prozesses den Verdacht aus, daß die Anklage sich auf die Mache von Vojnikow stütze. Der konservative Schriftsteller Hüfner, Reichsgerichtsrat, bestätigte kürzlich diesen Verdacht, indem er die aufsehenerregende Mitteilung veröffentlichte, die ganze Anklage stütze sich auf die Angaben eines Hochpfeils, die sich als völlig unrichtig erwiesen, daß selbst der Militärstaatsanwalt ursprünglich die Erhebung einer Anklage ablehnte. Wie es sich weiter herausstellte, war die Regierung nicht im Zweifel, daß der ganze Prozeß eine provokatorische Mache der „besonderen Abteilung“ für politische Spionage sei, die in Ermangelung sensibler Beweismittel, wie schon oft zuvor, zur Inzenerierung einer solchen in der baltischen Flotte griff. Der Chef der Abteilung und sein nächster Gehilfe wurden daraufhin gemahnt und nach niedrigeren Posten versetzt. Der Prozeß fand aber trotzdem statt und endete mit der Verurteilung von 47 Matrosen zu schweren Zuchthausstrafen. Es war also bei dieser Justizmord der Regierung an den Opfern der von ihr selbst gemachten Hochpfeil. Nun versucht der Jar, diesen keineswegs bereinigten dafekenden Justizmord — wie er immerhin an den Justizmord gegen die sozialdemokratische Fraktion der zweiten Duma — durch eine kühne Begnadigungsmasche zu maskieren. In dem offiziellen Bericht wird verhandelt, die verurteilten Matrosen hätten ein Gesuch um Begnadigung eingereicht und das Versprechen gegeben, in Zukunft und rechtchaffen dem Jar und dem Vaterlande zu dienen. Diese Mitteilung trägt nicht nur den Stempel der Lüge, an der Stimme, sie zeigt auch in trasser Weise, daß die Zensurregierung sich eher dem Gespött der ganzen Welt preisgibt, als daß sie offen eingestünde, welche Rolle das System der Provoaktion in den politischen Prozessen Russlands spielt. Das System des politischen Justizmordes — das ist das unantastbare Geheimnis, dem sämtliche Regierungsinstitutionen mit dem Jar an der Spitze ihren Schutz angedeihen lassen.

Die sozialistische Bewegung in Alaska.

Das erste Volkstadium der Vereinigten Staaten, das in der Breite Nordamerikas gelegen, auf 1 1/2 Millionen Quadratkilometer sozialistische Bewegung, wie die Genossin Lena W. O. in der Partei, Sekretärin der Partei, mitteilt, ist deren Organisationschef von Alaska wird dort in 200 Exemplaren gelesen. Bei den letzten Wahlen brachten unsere Genossen 85 Prozent der Stimmen auf. Dabei waren viele Bergarbeiter, die zerstreut auf der Halbinsel leben, durch die Ungunst des Klimas verhindert, zur Wahl zu gehen, ja von ganzen Bergmannsdörfern, dem Inhalt der Bewegung, konnten die Stimmen nicht übermittelt werden. So wurde die Hoffnung der Genossen, diesmal schon die Mehrheit zu gewinnen, enttäuscht. Man heft indes bestimmt, wenn erst Alaska als Unionsstaat organisiert sein wird, so weit zu sein und einen sozialistischen Vertreter ins Repräsentantenhaus zu entsenden. Schon heute eilt es kaum einen Ort von einiger Bedeutung ohne eine Parteiorganisation mit Zitiertafel und einem mit den Wählern von Mary, Engels, Liebknecht, Debs, Keir Hardie geschmückten Versammlungsraum. Einer der ersten Erfolge ist die Eroberung des Frauenstimmrechts für alle Abstammungen.

Die Kämpfe der Spanier in Marokko. Wie die Blätter aus Ceuta melden, wurde das Regiment von Ceuta, als es nach seinem Standort zurückkehrte, bei der Stadt plötzlich angegriffen. Auf seinen der Spanier wurden ein Korporal und zwei Mann getötet, ein Sergeant und drei Mann verwundet. Auch eine Eskadron aus Villa Robledo wurde auf einem Patrouillenritt auf der Straße nach Tetuan bei Ruda T. Condesa angegriffen und erlitt Verluste. Ein nach Tetuan entsandter Sonderberichterstatter des „Imperial“ erklärte, der Angriff bei Ruda Condesa kostete der Spanier 7 Tote und 17 Verwundete. Er fügte hinzu, die Eingeborenen seien der Verächterkammer weiler, herrscht unter der Bevölkerung Ceutas eine pessimistische Stimmung, da sie fürchtet, daß die Verteidigung ungenügend ist und mit Schrecken sieht, daß die Bewohner der Vorstädte vor den Herausforderungen der Eingeborenen in das Innere der Stadt hinfestürzen.

Die Aufforstung in Frankreich. Im „Journal Officiel“ wird ein Gesetz veröffentlicht, das die Vorschriften über die Wiederherichtung und Unterhaltung von Bergeländen im Hinblick auf die Aufforstung in Frankreich abändert und vervollständigt werden. Die betreffenden Arbeiten sollen entweder durch den Staat oder durch die Wodensbesitzer mit Staats-subsidien oder durch Schenkungsregeln durchgeführt werden. Die für die Aufforstung bestimmten Gebiete werden durch strenge Verordnungen geschützt, zu deren Durchführung die Zustimmung der beteiligten Gemeindevorstellungen, der Arrondissements- und Generalräte, sowie einer Sonderkommission unter dem Vorsitz des Präfekten erforderlich ist.

Vom Schlachtfeld der Industrie in England. Unlängst hat das Ministerium für Handel und Gewerbe eine Zusammenstellung unter dem Titel „Der Schutz der Gesundheit und das Leben der Arbeiter in der Industrie“ veröffentlicht, in welcher die von Witow gesammelten Daten über die Betriebsunfälle berücksichtigt werden. England hat im Jahre 1910 in den unter der Fabrikinspektion stehenden Fabriken 77 808 Unglücksfälle vorgekommen, davon 458 mit tödlichem Ausgang. Auf den Bergbau kommen im gleichen Jahre 84 822 Unglücksfälle, davon 891 tödliche, auf die Eisenbahnen 103 148 Unglücksfälle, davon 2998 tödliche. Somit sind in England im Jahre 1910 von der offiziellen Statistik 290 578 Unglücksfälle registriert worden, von welchen 4562 Fälle tödlich verliefen. Die offizielle Statistik erfaßt jedoch keinesfalls alle Betriebsunfälle in der Industrie. Nach der Berechnung von Witow hat die russische Industrie jährlich nicht weniger als 325 000 Betriebsunfälle zu verzeichnen; in dieser Zahl sind 40 000 schwerverletzte und 6000 tote Arbeiter einbezogen. Solche ungeheuren Blutopfer erfordert der Kapitalismus schon jetzt von den russischen Arbeitern.

Millionenunterzahlung in England. In der Getreideabteilung der Petersburger Kommerzbank sind Vermittlungen in Höhe von mehr als 5 Millionen Mark entdeckt worden.

Das neue holländische Ministerium. Dem Staatsrat Lord van der Lind ist die Bildung des neuen Ministeriums gegliedert. Es verläutet, daß das neue Kabinett das Programm der liberalen Koalition zur Richtschnur seiner Politik machen wird. Die Ministerliste dürfte wohl noch einige Tage geheim gehalten werden, da das gestürzte christliche Kabinett die jeterliche Eröffnung des Friedenspalastes vornehmen wird, ehe es zurücktritt.

Furcht vor einem Attentat. Der Chef der New Yorker Tammany-Hall, Murphy, lebt in der beständigen Furcht, daß man ein Attentat gegen ihn unternehmen könne. Er hat sich deshalb auf sein Landgut zurückgezogen, das von einer großen Anzahl von Detektivs bewacht wird. Außerdem ist eine große Meute Hunde zur Verwahrung des Gutes ausgeben worden, wie ferner auch drei Büffelochsen.

Gewerkschaftsbewegung.

Stadt und Provinz.

Achtung, Arbeiter! In bürgerlichen Zeitungen erscheint von Zeit zu Zeit ein Inserat, wonach die Fürstliche Grubenverwaltung in G. n. u. e. i. g. e. n. bei Kaitowik D.-S. für ihre Arbeiter tüchtige Bauarbeiter für dauernde Beschäftigung zu ortsüblichem Lohn sucht. Wiederholte Anfragen aus Kollegenkreisen, auf Grund dieser Inserate veranlassen uns, nachgehend eine Schilderung der in diesem Betriebe herrschenden Arbeitsverhältnisse zu geben, die alles andere, nur nicht ortsüblich sind. Während der Durchschnittslohn laut Tarifvertrag gegenwärtig 51 Pfennig pro Stunde beträgt, werden in diesem Betriebe im allerbesten Falle nur 45 Pf. gezahlt. Die Akkordpreise sind so niedrig bemessen, daß bei denselben kein Mensch auskommen kann; jedoch wird, wenn tüchtig geschunden worden ist, der um 3 Pf. erhöhte Stundenlohn berechnet. Mit der Arbeitszeit ist es ebenso, während hier wöchentlich 60 Stunden verlangt werden, ist sie in allen namhaften Orten des Industriegebietes mit 56 Stunden ortsüblich. Ein weiterer großer Uebelstand liegt auch in der Lohnzahlung. Nach wöchentlichlicher Beschäftigung wird erimal die horrenden Abschlagszahlung von 30 Mark gewährt; und nach weiteren 14 Tagen wird der Lohn auf die letzten 4 Wochen abgerechnet, während 14 Tage einbehalten werden. Auf Grund solcher Zustände können wir den Kollegen die Annahme von Arbeit in diesem Betriebe nicht empfehlen. Hinsu kommt noch, daß Kollegen, die diesem Elend erliegen, in den Betriebsbetrieben Oberhessens — und das sind fast alle Betriebe — über Arbeit erhalten.

Der Vorstand des Deutschen Holzarbeiterverbandes.

Deutsches Reich und Ausland.

Zur Arbeitsaufnahme auf den Werften.

Die Aufnahme der Arbeit ist wiederum verschoben worden. Die Holzarbeiter in Bremen, Bremerhaven und Verden beharren noch weiter auf ihrem Standpunkt, die Arbeit nicht aufzunehmen. In allen übrigen Orten haben sich auch die Holzarbeiter nicht an die Arbeit gesetzt.

Am Dienstag und Mittwoch finden in den gesamten Werften Versammlungen der Holzarbeiter statt, in denen zur Aufnahme der Arbeit Stellung genommen werden soll. Nach einer Mitteilung der Geschäftsstelle des Arbeitgeberverbandes in Hamburg an die Geschäftsstelle des Deutschen Metallarbeiterverbandes bleiben namentlich die Arbeiter in Bremen, Bremerhaven und Verden nicht beschloffen haben, sich zur Aufnahme der Arbeit stellen zu wollen.

Tarifvertrag im Kölner Tiefbaugewerbe.

Nach langen Verhandlungen ist soeben im Kölner Tiefbaugewerbe ein Tarifvertrag zustande gekommen. Die Arbeiter haben verlangt, daß eine Gleichstellung ihrer Arbeitsbedingungen mit denen im Hochbaugewerbe noch in der ersten Vertragsperiode herbeigeführt werde. Das lehnten jedoch die Unternehmer als unerschütterbar ab. Man einigte sich schließlich darauf, daß für die erste Vertragsperiode, bis zum 31. März 1913, der Stundenlohn für Erdarbeiter vom 15. August 1913 bis 31. März 1914: 48 bis 50 Pf., vom 1. April 1914 bis 31. März 1915 52 Pf., und vom 1. April 1915 bis 31. März 1916 55 Pf. betragen. Die Lohnsteigerung im ersten Vertragsjahre von 48 bis 50 Pf. bezweckt, bestehende Verträge mit höheren Lohnsätzen mit einzubeziehen. Die Verbauer und Betonhilfsarbeiter erhalten einen um 4 Pf. höheren Stundenlohn als die Erdarbeiter; für die Arbeiter an Fortifikationsbanten wurden Lohnsteigerungen von 3 bis 4 Pf. durchgesetzt. Die Kanalarbeiter und deren Hilfsarbeiter, sowie für die Zementfabrik- und Zementarbeiter gelten im Tiefbau die gleichen Lohn- und Arbeitsbedingungen wie im Hochbaugewerbe. Eine protokollierte Erklärung zum Vertrage belagt noch, daß beim nächsten Vertragsabschluß eine Gleichstellung mit dem Hochbaugewerbe angestrebt werden soll. Das Vertragsgebiet erstreckt sich vorläufig auf die Städte Köln, Mülheim am Rhein und die Bürgermeistereien Rönnefeld und Merheim.

Aus der dänischen Gewerkschaftsbewegung.

Infolge der von den skandinavischen Unternehmerverbänden vereinbarten Taktik laufen im Jahre 1916 in den skandinavischen Ländern vier Tarifverträge ab. Was Dänemark anbelangt, so hat die dänische Landeszentrale soeben Feststellungen über die vorhandenen Tarifverträge und deren Ablaufstermine gemacht. Danach bestehen zurzeit 236 Tarifverträge zwischen den Organisationen der Arbeitgeber und der Arbeiter, soweit die letzteren der Landeszentrale der Gewerkschaften angeschlossen sind. Diese Verträge erstrecken sich auf 88.27 Gewerkschaftsmitglieder. Da die Gesamtmitgliedszahl 107.000 beträgt, fehlen die Angaben von ca. 20.000 Arbeiter. Ueber den Ablauf der Verträge wird berichtet, daß 213 Verträge für 1810 Mitglieder im Jahre 1914 gekündigt werden können. Für 1915 ist die Kündigung möglich bei nur 86 Verträgen für 4833 Mitglieder, 1916 dagegen können 279 Verträge für 56.974 Mitglieder gekündigt werden. Die über 1916 hinaus laufenden Verträge sind insgesamt 57 für 5584 Mitglieder. Demnach laufen also die bedeutungsvollsten Verträge im Jahre 1916 ab. Ein ähnliches Bestreben haben die Unternehmer auch in außer-skandinavischen Ländern gezeigt, so daß es den Anschein hat, als ob das Jahr 1916 ein Kampfesjahr der europäischen Gewerkschaften werden wird.

Gewerkschaftsangehöriger und Wahrung berechtigter Interessen. Vor der Essener dritten Ferienkammer hatte sich der Angestellte des deutschen Transportarbeiterverbandes in Bochum, Genosse Rimmig, wegen öffentlicher Beleidigung der Essener Polizei zu verantworten. Die Beleidigung wurde in einem von Rimmig verfaßten und verantwortlichen Flugblatt an die Essener Chauffeure sowie in einem Vortrage erbracht, den Rimmig in einer öffentlichen Chauffeureversammlung gehalten hatte. In dem Flugblatt sowie in seinem Vortrage soll der Angeklagte der Polizei den Vorwurf der schändlichen Behandlung der Chauffeure gemacht haben. Hierdurch fühlte sich die Essener Polizei beleidigt und stellte Strafantrag. Der Staatsanwalt beantragte eine Geldstrafe von 100 Mk., eventuell 30 Tage Gefängnis. Das Gericht kam zu einer Freisprechung, weil der Angeklagte die Essener Polizei weder in seinem Flugblatt noch in seinem Vortrage genannt habe, im übrigen hätte der Angeklagte als Angestellter seines Verbandes die Interessen der Mitglieder vertreten, er hätte deshalb in Wahrung berechtigter Interessen gehandelt. Die Kosten wurden der Staatskasse aufgelegt.

Die Krankenkassenwahl in Nordhausen. Durch die Reichsversicherungsordnung ist es den Unternehmern ja so leicht gemacht worden, die Krankenkassen völlig ihrem Einfluß zu unterwerfen. Sie lassen daher jetzt an Orten, an denen sonst an eine andere Liste, als die des Gewerkschaftsvereins nicht gedacht wurde, unternehmerfreundliche Arbeiterlisten aufmarschieren. So war es auch in Nordhausen. Selbe, Pirche, Christliche und Unorganisierte, leider auch ein freigeschaffener Buchdrucker waren die Kandidaten. Und besonders waren es die freigeschaffenen Unternehmer und ihre Presse, die sich dafür in Zeug legten. Von 3129 abgegebenen Stimmen erzielten die „Selben“ 197, Jmmmerhin entfällt ein Vertreter auf sie, während die übrigen von den Vertrauensmännern des städtischen befehrt wurden. Aber die Ironie des Schicksals will es, daß gerade der freigeschaffene Buchdrucker der Erwählte der Selben ist.

Der Metallarbeiterstreik in Hohenhausen konnte am Sonntagabend mit Erfolg für die Arbeiter beendet werden.

Allgemeine Aussperrung in der Beleuchtungsbranche in Mainz. Die Fabrik „Gasapparat und Gubwert“ sperrte am 23. d. M. zweihundert Arbeiter aus. Am Sonntagabend sind, wie gemeldet, sämtliche Betriebe diesem Beispiel gefolgt, wodurch über 400 Arbeiter außer Tätigkeit sind. Veranlassung zu dieser Maßregel war, daß die Arbeiter in dem neuen Tarif, der drei Jahre laufen sollte, eine Verkürzung der Arbeitszeit auf neun Stunden täglich und eine Erhöhung von 2 Pfennig Stundenlohn wünschten. Nach erfolgter Aussperrung haben jetzt die beteiligten Fabrikanten noch einige Zugeständnisse gemacht, so daß eine Einigung nicht ausgeschlossen erscheint.

Vom Textilarbeiterstreik in Katalonien wird unter dem 25. August aus Madrid gemeldet: Der angeforderte Regierungserlass zwecks Beilegung des Textilarbeiterstreikes in Barcelona ist erschienen. Er setzt die Maximalarbeitszeit auf 60 Wochenstunden fest und bedroht zum Abschluß der Unternehmern mit hohen Geldstrafen zugunsten der Arbeiter-Invalidentasse. Die Mitteilung des Erlasses wurde in der Versammlung der Ausständigen ruhig aufgenommen. Sie wollten jedoch in dem Streik verharrten, bis sie den neunstündigen Arbeitstag erzwungen haben.

Streik der Maler in England. Ein erster Streik, der das Londoner Baugewerbe in Mitleidenenschaft zieht, ist ausgebrochen. Da 5000 Maler gebildet sind, die dem Vereinigten Malerverband angehören, zugleich mit 6000 nichtorganisierten Arbeitern die Arbeit niederlegen haben. Der Verband verlangt eine Lohn-erhöhung von 1 1/2 Penny für die Stunde.

Briefkasten.

Leserinnen der Redaktion: Montag, den 2. d. M. 1913.

Carl Müller, Kassel, wird in der nächsten Nummer...

S. W. Kassel. Das Ihre Karte ist nicht zu erhalten...

wenn die Gemeinde-Vertretung...

...

Vereine und Versammlungen.

25 Jahre Deutscher Kaiser

Ueber dieses Thema spricht

Redakteur Rich. Schiller aus Waldenburg

in öffentlicher Versammlung, am Montag, den 1. September, abends 8 Uhr, im Saale von Deutscher, Hubenstrasse 50.

Freie Aussprache!

Eintritt frei!

Der Einberufer.

4225

Sonntag, den 24. August, vorm. 7 1/2 Uhr, entrieß uns der Tod nach kurzem aber schwerem mit grosser Geduld ertragenem Leiden unsere herzensgute Tochter, Schwester, Schwägerin, Tante, Nichte und Cousine

die **Konteristin**

Else Vogt

6 Tage vor ihrem 29. Geburtstage. Schmerzerfüllt bitten wir um stille Teilnahme. Breslau, den 26. August 1913.

Die tieftrauernden Hinterbliebenen.

Beerdigung: Mittwoch, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Gräbchener Friedhofes aus. Trauerhaus: Gräbchenerstrasse 25, III. 6229

Am Sonntag früh verstarb unsere Verbandskollegin

Fräulein Else Vogt.

Ihr bescheidenes Wesen, ihr vornehmer Charakter, sichern ihr bei uns ein dauerndes Andenken. 6226

Die Mitglieder des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen.

Am Sonntag, dem 24. August, früh, verstarb nach kurzem, aber schwerem Krankenlager unser Mitglied

Fräulein Else Vogt.

Ihr Andenken werden in Ehren halten 6227

Die Genossinnen und Genossen des Sozialdemokratischen Vereins (Dist. 3 Gräbch. Vorstadt).

Am Sonntag, dem 24. August, früh, verstarb nach kurzem, aber schwerem Krankenlager unser langjähriges Mitglied

Fräulein Else Vogt.

Ehre ihrem Andenken!

Der Sozialdemokratische Verein Breslau.

Beerdigung: Mittwoch, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Gräbchener Friedhofes aus. 6231

Am 23. August verschied unerwartet mein lieber Mann, unser Vater, der Maurer

Franz Stephan

im Alter von 37 Jahren.

Dies zeigen, mit der Bitte um stille Teilnahme, hiermit an Breslau, den 25. August 1913 6219

Die trauernden Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet Mittwoch, den 27. d. Mts., nachm. 4 Uhr, von der Leichenhalle des St. Paulus-Friedhofes in Cosel aus statt.

Am 23. August verschied unerwartet unser Verbandskollege, der Maurer

Franz Stephan

im Alter von 37 Jahren. 6220

Ein ehrendes Andenken bewahren ihm

Die Mitglieder des Bauarbeiter-Verbandes.

Todes-Anzeige.

Am 23. August verstarb infolge Herzschlag unser werter Genosse, der Gastwirt

Robert Purschlan.

Seine Andenken werden in Ehren gehalten

Der Sozialdemokratische Verein Breslau.

Beerdigung: Dienstag, nachmittags 5 Uhr, vom Trauerhaus Gräbchenerstrasse 9, nach dem St. Barbara-Friedhof. 6232

Schauspielhaus

Gesamt-Gastspiel des Brillant Theater-Ensembles. Anfang 8 Uhr, heute und täglich: „Filmzauber“ 6203

Gruppen-Vorstellungen im Thalia-Theater.

Die Ausgabe der Karten für die Gruppen A und B erfolgt Montag den 1. September von 3 bis 6 Uhr an der Kasse des Vöbe-Theaters und wird an den folgenden Tagen im Reifebüro der Breklauer Pafefahrt, Schweidnitzerstrasse Nr. 18, von 10 bis 2 Uhr fortgesetzt. — Die vorbestellten Karten welche Montag, den 1. September bis 6 Uhr nicht abgeholt sind, werden anderweitig abgegeben. Die in den Vorbestellungslisten ausgesprochenen Wünsche werden nach Möglichkeit berücksichtigt, jedoch können bestimmte Plagnummern nicht zugestrichelt werden. — 6224

Lieblich's Etabl.

Nur noch kurze Zeit Täglich, abends 8 Uhr: Henry Bender mit seiner Hausfrau: „Breslau, so siehste aus“ 6224

Viktoria-Theater.

Bis jetzt noch nicht gesehenes 6190 Brahtzellakt mit Motorbetrieb und das neue Programm. Anfang 8 Uhr. Bonus gültig.

Zeltgarten.

Große internationale Ringkampf-Konkurrenz. 6195 Täglich 3—4 Kämpfe Vorher das brillante Programm.

Circus Busch

Welt-Kino Tägl. v. 5—11, Sonnt. 9—11 Uhr. **Dauer-Programm!** Heute zum letzten Male: **Menschen unter 9 Akte Menschen** Mittwoch neues Programm: **Kümmere Dich um Amelie** Lustspiel in 3 Akten. **Könige der Wälder** Amerik. Tierdrama in 2 Akten. **Herzenshandel**, 3 Akte. **Filmzauber im Dorf** Tägl. 5 Uhr: Famil.-Vorstell. **Königin Luise** I., II. u. III. Abteilung 6221 **Entre 19 Pfennige** für die Galerie. Kinder und Eltern auf allen Plätzen. Ab Sonnabend, d. 30. August: **Die eiserne Lady**, 9 Akte.

Zurückgekehrt 6228

Dr. R. Kayser Saal-Rat Hals-, Nasen-, Ohrenarzt



Heute und folgende Tage: **Das ungekürzte Eröffnungs-Fest-Programm.** 6023

Wochentage v. 4—11 Uhr. Sonntags von 3—11 Uhr. **Eintrittspreise:** Mk. 0.35, 0.55, 0.75 usw.

Laurenzien Theater

Operngläser, Zylinderhüte sowie Damen- u. Herren-Uhren vert. billig Pfandlich-System Sadowasch. 13. 6208

Bester Posten **Tabakproben** im ganzen abgepackt, ob. geteilt billig abzugeben. Offerten unt. L. Z. 76 an die Exped. der Weltmacht erbitten. 6207

1 Teppich 2x3 abmachbar, bef. billig Pfandlich-System Sadowasch. 13. 6208

Gummiwaren Alle franz. Artikel **Spätsprizen, billig!** 5629 Frau Neustadt, Breslau, Reuschestr. 55, II.

Der Anarchist

Novellen von Gottschalk 20 Pfg., früher 1 Mk. Zu beziehen durch die Expedition



Jahrhundertfeier der Freiheitskriege Breslau 1913

Tages-Programm für Mittwoch, den 27. August 1913:

Konzert: Im Pavillon v. d. Hauptrestaurant: **Stadtheaterkapelle** (Dobslak). Im Vergnügungspark: **Kapelle des Leib-Rür.-Regt. „Großer Kurfürst“** (Schall).

Im Vergnügungspark von 4—6 Uhr:

Kindertag

Reigen und Spiele in Begleitung einer Militärkapelle. **Kasperle-Theater. Karuffelfahren.**

Rosen u. Dahlien stehen in zweiter Blüte!

Natur-Theater: Nachmittags 5 Uhr: **Das Fest der Handwerker.** Abends 8 Uhr: **Die schöne Galathee.** Sa. Wendetta. 6245

Zoologischer Garten.

Am Mittwoch: **Konzert** des Breslauer Konzert-Orchesters (50 St.) (Jütner). Anfang 4 Uhr. Bei gutem Wetter Abends 8 1/2 Uhr Leuchtfestkue.

Eine interessante Gerichtsverhandlung

Richter: Angeklagter, Sie werden beschuldigt, den Kaufmann Max Kokritz im Eisenbahnzug am 1. Juli d. Js beraubt zu haben. Das Gericht geht von den Tatsachen aus, daß Sie in dem betreffenden Zuge mitgefahren sind, ferner, daß Sie nach längerer Arbeitslosigkeit erst einige Tage arbeiteten und doch auffallend elegant gekleidet gehen. Was haben Sie dazu zu sagen?

Angeklagter: Wahr ist, dass ich erst seit einigen Tagen wieder Arbeit habe und verhältnismässig wenig verdiente. Doch dürfte Sie wohl interessieren, dass man absolut nicht gleich jemanden berauben muss, um elegant gekleidet zu gehen. Die Sache ist einfacher: man besucht das Kaufhaus für Herrengarderoben G. m. b. H. in der

Neuen Schweidnitzer-Str. 6

dort erhält man nebst neuer, moderner Herren- und Jünglings-Garderobe [8205]

Getragene Mass-Garderoben

teils auf Seide von la Mass-Schneidern gearbeitet, für jede Figur passend 10.—, 12.—, 16.—, 20.— usw.

Günther & Otto

Rohtabakhandlung

Breslau, Reuschestr. 51 (Niepoldpassage). 5405

kleiner Anzeiger

Unter dieser Rubrik kosten je drei Worte 10 Pfennige. Abonnenten haben gegen Aufheben 5 Worte frei. Das erste Wort fett. Schriftart bestimmt der Verlag. Geforderte Abweichungen bedingen Zeilenpreis.

Kauf und Verkauf **Spezialmaschinen**, sowie 2 Singer Nähmaschinen, tabellos richtig, 1 Spiegel, 1 Regulator verkauft krankheitshalber Schnitzel, Frankfurtstr. 36. 6230

Getragene Mass-Garderoben, für jede Figur, billig, gut erhalten. Kaufhaus für Herrengarderoben, Neue Schweidnitzerstr. 6. 6062

Abonnenten und Leser der „Volkswacht“ können ihre Zeitung nicht allein durch das Abonnement und die Zuführung neuer Abonnenten unterstützen, sondern sie unterstützen die „Volkswacht“ auch dadurch, daß sie bei ihren Einkäufen die Inserenten der „Volkswacht“ berücksichtigen und sich bei ihren Einkäufen auf die „Volkswacht“ beziehen.

Halt!

Karsunky & Co.

Rosenthalerstrasse 2 gegenüber der Odertorwache 6206

gibt Möbel aller Art, Spiegel, Polsterwaren, Herren-, Knaben- und Kinder-Anzüge, Betten, Wäsche, Teppiche, Gardinen, Kinder- und Klappwagen ohne Anzahlung

und vom Käufer selbst zu bestimmende Abzahlung.

Für 287 Mk.

Stegfriedbrügger

Arbeitsmarkt.

Steindrucker
Gewebe-Schilder-Fabrik
Max Schoiz, Breslau VI.
Kaiser-Neberin

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 26. August.

An unsere Mitglieder!

Oberbürgermeister Matting fordert in einem Aufruf die Eltern, Lehrern, Meistern und Prinzipale auf, ihren Pflegebefohlenen die erforderliche freie Zeit für die Teilnahme an der Kaiserhuldigung der Jugend zu gewähren.

Wir ersuchen die sozialdemokratisch gesinnten Eltern, ihre Kinder dieser Veranstaltung fernzuhalten. Die Schule stellt die Beteiligung an der Feier den Kindern vollständig frei, jedenfalls kann kein Zwang zur Teilnahme ausgeübt werden.

Breslau, den 25. August 1913.

Der Vorstand des sozialdemokratischen Vereins Breslau.
J. A.: E. H. Müller, Vorsitzender.

Die Ausschuhwahl der allgemeinen Ortskrankenkasse.

Man schreibt uns: Die amtlichen Vorbereitungen zu den Wahlen der Allgemeinen Ortskrankenkasse tragen den Stempel der Unvollkommenheit und Unsicherheit.

Zunächst verfügte der Minister durch Erlass vom 26. April 1913, daß die Wahlen der Vertreter zu den Versicherungsämtern bis spätestens zum 20. November 1913 vorzunehmen sind. Anfang Juli ordnete der Regierungspräsident in Breslau an, daß aus diesem Grunde die Ausschuhwahlen zur Allgemeinen Ortskrankenkasse bis zum 1. September 1913 erledigt sein müssen. Mitte Juli 1913 wurde der Vorstand der Allgemeinen Ortskrankenkasse aufgefordert, die Wahlen unverzüglich einzuleiten. Es sollten die Bestimmungen der heretisch genehmigten Wahlvorschrift streng beachtet werden, und in der Wahlbekanntmachung sollte auf die Berufsgruppen ausdrücklich hingewiesen werden, die vom 1. Januar 1914 an der Versicherungspflicht neu unterstellt werden.

Das ist in der Wahlbekanntmachung des Krankenkassenvorstandes vom 20. Juli keineswegs geschehen.

Das Versicherungsamt der Stadt Breslau holt das erst drei Wochen später, am 14. August, nach und fordert die Berufsgruppen auf, sich innerhalb elf Tagen in die Wählerliste einzutragen. Wenn man bedenkt, daß etwa 26.000 Personen dieser Pflicht nachzukommen haben, so ist es ein unmöglich, diese sehr wichtige Vorschrift innerhalb so kurzer Frist sachgemäß durchzuführen. Man hat also nur die Form gewählt. Monate lang vorher wird angekündigt, daß die Berufsgruppen wählen müssen, und erst wenige Tage vor der Wahl wird die Möglichkeit zur Sicherung des Wahlrechts geschaffen. Ferner ist aus der Wahlbekanntmachung nicht zu ersehen, wer von den aufgelösten Krankenkassen und deren Mitgliedern der Allgemeinen Ortskrankenkasse zugeteilt wurde, und deshalb bei der Wahl am 1. September sein Wahlrecht ausüben kann. Es kommen die Mitglieder folgender 19 Klassen in Frage:

1. Betriebskrankenkasse Bethel, 2. Ortskrankenkasse der Böttler, Bürstenmacher, Dachbeder, Drechler, Gelbgelber, Gerber, Gürtler, Korbmacher, Kupferschmiede, Maler, Müller, Schornsteinfeger, Sektler, Steinmetzen, Strickmacher, Stuckateure, Tuchmacher, Vergolber.

Es trennt uns nur noch eine Woche von der Wahl. Bis jetzt ist noch nicht gesagt worden was für Wahlvorschriften eingegangen sind, wie groß der Stimmzettel sein muß, und von welcher Farbe.

Es kann doch nicht angenommen werden, daß alle 13.000 Mitglieder nun selbst ins Bureau der Klasse gehen müssen, um sich von den wichtigen Dingen mündlich unterrichten zu lassen.

Da hier offenbar Mißstände vorhanden sind, gewollt oder nicht, so haben die Wählermassen um so mehr auf dem Posten zu sein, um ihr Wahlrecht nicht verflümmern zu lassen.

Darum geht auch! Wer im Zweifel ist, hole sich Rat auf dem Versicherungsamt, Herrenstraße 29, oder aber im Wahlbureau des Regierungsbezirks Breslau, Arbeitersekretariat, Zimmer 32, Margaretenstraße 17.

Die Ausschuhwahl der Allgemeinen Ortskrankenkasse in Breslau ist für Arbeitgeber und Arbeiter Montag, den 1. September, von 12 Uhr mittags bis 9 Uhr abends, im Cafe Restaurant, Karlsstraße 37. Für die Arbeitgeber gilt als Ausweis die Quittung über die zuletzt gezahlten Klassenbeiträge, für die Klassenmitglieder eine Bescheinigung des Arbeitgebers, daß sie am Tage der Wahl noch in Arbeit stehen.

Der Ortslohn.

Ortslohn heißt jetzt das bisherige „ortsübliche Tagelohn“. Nach § 149 des Reichsversicherungsordnungsgesetzes ist als Ortslohn der ortsübliche Tagesentgelt gewöhnlicher Tagelöhner. Auch für die Krankenkassen ist der Ortslohn sehr bedeutungsvoll. Da die neue Krankenversicherung am 1. Januar 1914 in Kraft tritt, so müssen sich die Ortslöhne neu festsetzen lassen. Der Handelsminister hat nun die Behörden soeben angewiesen, unverzüglich die erforderlichen Vorarbeiten einzuleiten, damit die Satzungen am 1. Januar 1914 in Kraft treten können. Die Grundsätze, nach denen dies zu geschehen hat, entsprechen den Grundsätzen, die für die Festsetzung der ortsüblichen Tagelöhne maßgebend gewesen sind.

Ein Unterschied besteht aber insofern, als nunmehr mindestens sechs Klassen festgesetzt werden müssen, und zwar für männliche und weibliche Personen, gesondert für Personen unter 16 Jahren, von 16 bis 21 Jahren und über 21 Jahre; nach dem alten Krankenversicherungsgesetz genügt vier Klassen, die Zwischenstufe von 16 bis 21 Jahren hatte. Man ist. daß der

Ortslohn einheitlich nach dem Durchschnitt für den ganzen Bezirk des Versicherungsamts festgesetzt wird, und daß Ausnahmen unzulässig sind, wenn die Lohnhöhe in einzelnen Ortschaften oder zwischen Stadt und Land erheblich abweicht.

Die Frage, wer den Ortslohn festsetzt, beantwortet ebenfalls § 149 der R.-V.-O. Es heißt dort, das Ober-Versicherungsamt setzt den Ortslohn fest und macht ihn öffentlich bekannt. Vorher aber werden die Vorstände der beteiligten Versicherungsanstalten gehört; ferner hat das Versicherungsamt die Gemeindebehörden und die Vorstände der beteiligten Krankenkassen zu hören und sich dann gutachtlich zu äußern. Die Ortslöhne werden gleichzeitig im ganzen Reich, und zwar zunächst bis zum 31. Dezember 1914, dann immer auf vier Jahre festgesetzt. Änderungen in der Amtszeit gelten nur bis zur nächsten allgemeinen Festsetzung. Alle Änderungen treten erst zwei Monate nach ihrer Veröffentlichung in Kraft.

Schlesien ist das Land der niedrigen ortsüblichen Tagelöhne. Was an den Krankenkassen-Vorständen liegt, sollen sie dafür sorgen, daß Schlesien nicht auch das Land der niedrigen Ortslöhne wird. Die Ortslöhne müssen so festgesetzt werden, daß sie dem wirklichen Lohn entsprechen, was heute leider oft nicht zu sagen ist. Wer da weiß, daß vom Ortslohn in den Landkrankenkassen die Höhe des Krankengeldes abhängig ist, in der Unfallversicherung für zahlreiche Verletzte die Rente, in der Invaliden-Versicherung die Beiträge nach dem Ortslohn bemessen werden und das Hausgeld während des Heilverfahrens, ferner die Unterstützungen übergangspflichtiger Reservisten und Landwehrlente, der kann nur wünschen, daß die Ortslöhne genauer als bisher festgesetzt werden, denn sonst sind dabei wieder die Kranken, unfallverletzten und invaliden Arbeiter und Arbeiterfrauen die empfindlich Geschädigten.

Die Arbeitsverhältnisse der Straßenbahner und die Jahrhundertfeier.

Es wird uns geschrieben: Breslau ist die Stadt der Jahrhundertfeier. Durch die Vorbereitung der Besucher hat die Stadt große Einnahmen; für die Angestellten sind aber viel weniger und anstrengenderer Dienst zu verrichten. Doch all die Vorschriften innegehalten werden, das ist ein großes Heer von Oberschaffnern usw. Wenn wir uns alle die Vorschriften betrachten, so drängt sich die Frage auf, was bei uns alles vorliegt ist. Vor kurzem wurde ein Instruktionbuch herausgegeben, außerdem gibt es täglich Anschläge; in letzter Zeit waren es 88. Unwillkürlich muß sich jeder Angestellte die Frage vorlegen: Kann ich mir all diese Bestimmungen im Kopf behalten und vollziehen? In allen Stadtteilen finden sich Oberinspizier, Oberfahrer und Kontrolleure ein, und wehe dem armen Teufel, wenn nicht alles wie am Schnürchen geht; sofort regnet es Gelbstrafen, Verwarnungen und Entlassungen. Das der Angestellte auch auf die Fahrgäste Rücksicht nehmen muß, wird oft wenig beachtet. Es wäre anzubringen, auch den Angestellten gegen Liebergriffe der Fahrgäste in Schutz zu nehmen. In den meisten Fällen bekommen aber die Angestellten unrecht.

Ferner ist die Verwaltung bemüht, durch Verlesung eines Buches jeden Angestellten zu veranlassen, Verstöße der eigenen Kollegen gegen die Vorschriften sofort zu melden. Das hier das Streben um auf dem Posten ist, braucht nicht besonders hervorzuheben zu werden; können doch gewisse Nachkollegen später einmal Vorrechte werden.

Wenn man den Angestellten mehr praktische Fragen lehrte und sie besser behandelte, fielen so manche Liebertretungen und Verfehlungen von selbst weg.

Der Angestellte, ob Führer oder Schaffner, wird gut tun, sich der Reichsleitung der Straßenbahner anzuschließen, denn nur durch sie können andere Verhältnisse geschaffen werden.

Jahrhundert-Ausstellung. Kindertag im Vergnügungspark.

Die Freuden, die der Vergnügungspark-Ausschuss stets am Mittwoch für die Kinder bereitet, werden immer beliebter. Für den September wird ein Fest in größerem Umfang vorbereitet, die nächsten Kindertage werden noch in der bewährten Art abgehalten. Die Stunde von 4 bis 6 wird abermals mit Spielen und Reigentänzen ausgefüllt sein und wie das vorige Mal wird auch diesmal eine Kapelle dabei spielen. Kapellentheater und Karussellfahren füllen die zweite Stunde von 6 bis 8. Knaben und Mädchen werden auch diesmal kleine nützliche Geschenke erhalten. Kinder von 5 bis 10 Jahren haben zu diesen Veranstaltungen freien Zutritt.

Ueber die bevorstehende Aufführung der Mahler-Symphonie schreibt uns das Pressebureau der Jahrhundert-Ausstellung:

Im Vordergrund alles musikalischen Interesses steht gegenwärtig die am 21. September in der Jahrhunderthalle zur Aufführung kommende „Mahler'sche Symphonie der Tausenden“, so genannt nach der Zahl der wirkenden bei der Aufführung in München unter Leitung des Komponisten, der letzten großen Tat des inzwischen heimgegangenen Meisters. Auch die Breslauer Aufführung des großen Werkes wird diese Tonerschöpfung unter Mitwirkung eines Orchesters und Vokalchors von 1000 Köpfen zur Wiedergabe bringen, denn zum Orchester des Orchestervereins tritt noch ein großer Teil des berühmten Berliner Sängerkörpers und ebenso wird die Singakademie durch Gesangsvereine und Einzelkräfte auf einen Sängerkörper von circa 900 Mitwirkenden gebracht. Damit ist ein Klangkörper geschaffen worden, der den ungeheueren Ansprüchen der Partitur vollumfänglich gerecht zu werden vermag. Mahlers Symphonie ist nicht mit einem Oratorium zu vergleichen, mit jener Kunstform also, deren Schweregewicht im Chor liegt, den das Orchester trägt, führt und illustriert, sondern sie ist eine Symphonie im Sinne der Klassiker, nur in den klanglichen Mitteln um den riesenhaften Chor — Männer-, Frauen-, Knaben- und gemischten Chor — erweitert. Die Seelenlehre des Komponisten, aus dem das gewaltige Poem entspringt, werden hier nicht nur in den Themen und ihrer wunderbaren Verarbeitung offenbar, sondern sie werden noch besonders im gelungenen Worte lebendig und uns viel unwillkühlicher als es die absolute oder die programmatische Musik vermag, in die geheimnisvollen Schönheiten eines Klanggewordenen Wunderlandes. Da die Nachfrage nach den Eintrittskarten schon jetzt eine allgemein große ist, empfiehlt es sich sehr, sich möglichst bald mit Willeis zu versehen. Eintrittskarten sind im Verkehrs-Bureau Sakajsch Ring, bei Pannauer und in der Verkehrs-Halle der Ausstellung zu haben.

* Das Gerhart Hauptmann-Festspiel. Der Vorverkauf von Eintrittskarten zum Jubiläumabend am Donnerstag, an dem das unterdrückte Jahrhundert-Festspiel seine Wiederauferstehung erleben soll, ist, wie zu erwarten war, recht stark. Es sind aber noch Willeis in den bekanntgegebenen Verkaufsstellen und voraussichtlich auch an der Kasse zu haben.

Breslauer Schauspielbühnen.

Während der Spielzeit wurden das Lobe- und Thalia-Theater unterworfen, die seine Feuerstärker auf das Maß neuer Theater bringen soll; insbesondere ist das Lobe-Theater wohl zu den Theatern Breslaus gestaltet worden, in dem die modernen Vorschriften am weitesten erfüllt sind.

Auch im äußeren werden sich die Theater in einer schmunzigen Form präsentieren; Kassenflure, Umgänge und Nebenräume sind gründlich renoviert und teilweise nach Ideen der neuen Direktion ausgeschmückt worden. Auch das Gefühl ist einer sorgfältigen Durchsicht unterzogen worden, so daß die Käufer auch an Bequemlichkeit allen Anforderungen entsprechen dürften.

Im Lobe-Theater bleibt hinfort das Orchester ständig geräumt, die Brüstung ist entfernt worden und an die Stelle der unbehaglichen Orchesterstühle treten neue Fauteuil; so ist ein neuer bequemer Platz geschaffen, zu dem durch die Staffierung der seitlichen Parterreplätze ein bequemer Zugang möglich ist. Eine Erhöhung der Preise der Plätze findet nicht statt.

Das künstlerische wie technische Personal ist bereits vollständig versammelt und seit einigen Tagen in voller Arbeit bei den Proben für die Eröffnungsvorstellungen.

Wieder neu erworben von der Direktion des Lobe-Theaters sind die Komödie „Der Frau“ von Eduard Knoblauch und das französische Lustspiel „Schöne Frauen“ von Etienne Rey.

* Von der Stadtverordneten-Versammlung. Die erste Sitzung nach den Ferien soll Montag, den 8. September, abgehalten werden; endgültig ist darüber noch nicht entschieden.

* Gelber Bund oder Zentral-Verband der Fleischergehilfen? Um die Breslauer Fleischergehilfen in ihrer Stumpfheit weiter zu erhalten und sie vor dem bösen Zentralverband zu retten, berief die Breslauer Fleischerinnung für den letzten Sonntag eine Versammlung nach dem „Deutschen Kaiser“ ein.

Mit den alten Innungssprachen eröffnete der Obermeister Neugebauer die Versammlung und versuchte dann die Anwesenden zu überzeugen, daß es für die Breslauer Fleischergehilfen unbedingt notwendig sei, sich dem Gelben Bund anzuschließen, damit man dem Wachsen des Zentralverbandes ein halt gebieten könnte. Herr Obermeister Neugebauer aus der Bahnhofstraße, der ein Sozialisten-Idiot im vollen Sinne des Wortes ist, glaubte schon gewonnenes Spiel zu haben, aber es kam diesmal anders. Als erster Diskussionsredner sprach Kollege Seide. Er schilderte die Mißstände in der Verberge und aus dem Gesellenausschuß, sowie den Herren vom Innungsvorstand den Rat, sich darum zu kümmern. Allgemeine Unruhe ergriff die Herren am Vorstandstisch, als sich der Vorsitzende der Ortsverwaltung des Fleischerverbandes, G. Mose, zum Wort meldete; Mose sagte den Herren die Wahrheit in gründlicher Weise, indem er den Vorwurf des Obermeisters: „Die sozialdemokratischen Gesellen können sich sehr schwer von ihren Plätzen erheben“, in der Weise zurückwies, daß wir keine Ursache haben, Lächeln auszubringen. Ferner beleuchtete Mose die Latex des gelben Bundes bei allen Lohnbewegungen und Streiks und kennzeichnete die Gelben als eine Schutztruppe der Arbeitgeber. Dies war aber für die Herren am Vorstandstisch zu viel. Um nicht noch weitere Wahrheiten zu hören, entzog man nun dem Vorsitzenden des Zentralverbandes das Wort und der Obmann machte sogar von seinem Hausrecht Gebrauch. Sämtliche weiteren Redner rieten vom Beitritt zum gelben Bund ab. Bei der Abstimmung waren aber trotzdem nur 5 meistretreue Gesellen für den gelben Bund und etwa 250 dagegen. Das war die beste Antwort, die die Fleischergehilfen den Innungsmeistern geben konnten. In den Breslauer Fleischergehilfen liegt es nun, vorwärts zu gehen. Hoffentlich wird die Arbeiterschaft die Fleischer in dem nun beginnenden Tarifkampf unterstützen.

Am Freitag, den 22. August, wird eine öffentliche Versammlung im „Oppelner Schloßbräu“, Friedrich-Wilhelmstraße 32, für alle Fleischergehilfen abgehalten. Aus der Versammlung wird niemand hinausgeworfen werden, wie das sich die Meister erlauben.

* Im Frauenstimmrechtsverein hielt am Montag abend Fräulein Urbach einen Vortrag über die bevorstehenden Wahlen. In der Diskussion traten Dr. Magen und Fräulein Perls für die Listen der Christlichen ein, die auch Frauen aufgestellt haben und für die freie Wahl stehen. Diese Ansichten stießen aber in der Versammlung auf erheblichen Widerspruch. Der Frauen-Stimmrechtsverein hat eine eigene Liste nicht eingereicht und sich auch mit keiner anderen Gruppe verbunden, wohl aber tritt er dafür ein, daß alle Frauen zur Wahl gehen und irgendwie Partei ergreifen.

* Anträge auf Gasabrichtungen. Die städtische Betriebs-Deputation macht folgendes bekannt: Zum Quartalswechsel häuften sich die Anträge zur Abrechnung von Gasmessern. Wir ersuchen deshalb die Gasabnehmer, die Bestellungen schon jetzt schriftlich mit genauer Angabe der Zeit, wann die Arbeit ausgeführt werden soll, an die Rohrnetz-Betriebsinspektion, Gasanstalt II, Bessingplatz 3, zu senden. Die in der alten Wohnung benutzten Gasmesser werden beim Umzuge nicht nach der neuen Wohnung geschickt. Es ist also beim Wohnungswechsel nur anzugeben, wann der Gasmesser der alten Wohnung zu schließen und bei der neuen Wohnung zu öffnen ist. Ist der gewünschte Messer in der neuen Wohnung nicht schon vorhanden, so ist in der Bestätigung anzugeben, ob ein Leucht-, Betriebs- oder Heiz-Gasmesser aufgestellt werden soll. In gegenwärtig leerstehenden, am 1. Oktober dieses Jahres zu beziehenden Wohnungen werden die Arbeiten nach Möglichkeit auch schon vor dem Bezugsbeginn ausgeführt. Die Erledigung der Aufträge erfolgt in der Reihenfolge ihrer Anmeldungen.

* In die Ober gefallen und ertrunken ist am Sonntag nachmittag gegen 3 Uhr in Cosel der elfjährige Richard Oliva, der Sohn eines Arbeiters, der Böhmlerstraße 22 wohnt. Der Knabe spielte dort mit Kameraden zusammen am Oberufer, wobei er plötzlich auslief und in den Strom stürzte. Derzugetommene Arbeiter bemächtigte sich sofort, um das Kind den Wellen zu entreißen. Das Rettungswerk gestaltete sich bei dem hohen Wasserstande äußerst schwierig, so vergingen einige Minuten, ehe man den Knaben herausziehen konnte. Dieser war aber bereits tot. Man rief die Samariter der Feuerwehrgesellschaft, die Wiederbelebungsversuche anstellten, die aber ohne Erfolg waren. Mittels des Krankenwagens der Wehr wurde das Kind zu einem Arzt gebracht, der nur den inglorischen eingetretenen Tod feststellen konnte, worauf man die kleine Leiche nach der altelichen Wohnung brachte.

Auch ein Hausfriedensbruch.

Während des Breslauer Klempnerstreiks waren auch in der Atemnererwerkstatt von Lehmann, Algenstraße 76, Arbeitswillige beschäftigt. Der am Streik beteiligte Klempner Mathner betrat am 14. Juni 1913 den Hof dieses Grundstücks und brachte durch eine Glashebel in die Lehmannsche Werkstatt. Dabei wurde er von einem dort beschäftigten Arbeitswilligen gesehen und deshalb wegen Hausfriedensbruchs angeklagt. Obwohl Mathner niemand aufgefordert hat, sich aus dem Hof zu entfernen, nahm die Staatsanwaltschaft doch „ein widerrechtliches Einbringen“ in den Hof an und erhob die Anklage.

In der Schöffengerichtsverhandlung am Montag legte der Vorsitzende dem als Zeugen gehörten Arbeitswilligen die Frage vor, ob er irgendwelche Anhaltspunkte dafür habe, daß der Angeklagte in der Absicht an die Werkstatt gekommen sei, dort Arbeitswillige von der Arbeit abzuhalten oder zur Teilnahme am Streik zu veranlassen. Unter dem Eid bejahte der Zeuge die Frage. Darauf wurde dem Angeklagten vorgehalten, daß er bei seiner polizeilichen Vernehmung angegeben habe, nach den Arbeitswilligen in seiner Eigenschaft als Streikproben sehen zu wollen. Dazu erklärte Rechtsanwalt Simon, der Angeklagte habe das allerdings vor der Polizei gesagt, aber nicht aus eigenem Antrieb, sondern weil der vernehmende Beamte die beständige Antwort schon in die Fragen mit hineingelegt habe. Sicherlich sei der Angeklagte gefragt worden: „Sie waren doch als Streikproben tätig gewesen und haben auch in dieser Eigenschaft durch das Fenster der Werkstatt gesehen? Auf diese Frage hat der Angeklagte dann „Ja“ gesagt, ohne sich der Bedeutung seiner Worte recht klar zu werden. Der Staatsanwalt beantragte die Verurteilung der Sache und Vorladung des Kriminalhauptmanns Nagt zum nächsten Termin, damit dieser Auskunft darüber gebe, wie das Vernehmungsprotokoll zustande gekommen sei. Das Gericht lehnte den Verurteilungsantrag ab und erkannte auf Einstellung des Verfahrens, weil der Strafentscheidungsantrag nicht ordnungsmäßig gestellt worden ist. Auf diesen Formfehler wurde das Gericht im Verhandlungszimmer aufmerksam.

Reichsverband reisender Gewerbetreibender Deutschlands.

Die Ortsgruppe Breslau hielt am Sonnabend in Mergners Restaurant eine öffentliche Versammlung der Markt- und Messereisenden, Schauffeller, Händler und Hausierer ab. Zweck der Versammlung war, alle Beteiligten die in verschiedenen Vereinen organisiert sind, unter einen Hut zu bringen und sie dem Reichsverbande zuzuführen.

Herr Lehmann sprach in fast zweistündiger Rede über die Lebensbedingungen der Händler usw.

Er sagte aus, es gebe wohl keinen Stand, dem das Leben so erschwert wird, wie dem der reisenden Gewerbetreibenden, mögen es Markt- oder Messereisende, Händler oder Hausierer sein. Ihnen allen werde das Leben nach allen möglichen Richtungen schwer gemacht. Und doch sei ihr Gewerbe älter als das der fleißigsten Gewerbetreibenden. Marktreisende gab es schon in aller Welt. Sie stehen alle unter behördlicher Kontrolle, sie bringen dem Staate viele Einnahmen ein, sie erfüllen alle ihre Pflichten und doch war ihre Lage eine sehr gedrückte. Woher kommt das? Einfach, weil sie es noch nicht verstanden hätten, sich so zu wehren und zu streiken um ihre Rechte wie andere Stände und Berufe. Sie fühlten sich gekränkt und wagten es nicht, offen herauszutreten. Die Interessen aller dieser Berufe im Umhergehen und im Handel seien die gleichen. Darum sollten sie aber an einem Strick stehen, sich gemeinschaftlich in einem Bunde organisieren. Bilden die Händler im Reiche einen geschlossenen Verband, dann werde man den Händlertand nicht mehr als einen gebuldeten ansehen können und die Volkmeinung würde eine andere sein, als sie es noch gegenwärtig ist.

Diese Ausführungen fanden lebhaften Beifall. Herr Lehmann sagte über die Bedrückungen, die die Breslauer Händler zu erdulden hätten. Die Jahr- und Weihnachtsmärkte, das Pfingstfest, die Bräutigamsfeste, alles das habe man ihnen entzogen, ohne dafür einen Ersatz zu geben. Auf der Jahres- und Pfingst-Ausstellung habe ein Händler Kinderballons und Spielzeug verkauft. Dafür habe man 5000 Mk. verlangt. (Zurück: Nicht 5000, sondern 11 000 Mk.) Der Händler hat nur 3000 Mk. geben wollen; darauf hat er keine Antwort erhalten. Er wie der Leiter der Versammlung, Herr Stadler, er-

suchten die Kollegen dringend, sich dem Reichsverbande anzuschließen, der auch Wohlfahrtsvereinigungen geschaffen hat. Der Aufruf hat auch Erfolg.

Pilze aus den Wäldern um Breslau in der Gartenkunst-Ausstellung.

Die vom Oberlehrer Dr. G. Dittich veranstaltete Pilz-Ausstellung umfaßt gegenwärtig etwa 50 Arten, die zum größten Teil aus der Gegend von Deutsch-Wilfa, Ober- und Zoben stammen. In dem ersten kleineren Teil sind die hauptsächlich als eklatant in Betracht kommenden und einige ihnen ähnliche giftige Formen zusammengestellt. Die beigefügten Zettel weisen auf die unterscheidenden Merkmale hin. Besonders wichtig ist die Kenntnis des Knollenblätterpilzes und seiner fast ebenso häufigen Art, des Grünlings, denen eine längere Erläuterung gewidmet ist. Die dem Knollenblätterpilz im Jugendstadium zweifelslos sehr ähnliche Champignonart, „Psalliota arvensis“ — allgemein gültige deutsche Namen gibt es nur für wenige Pilze — ist zum Vergleich daneben gestellt; das entscheidende Kennzeichen ist die Lamellenfärbung. Den Parasitpilz halten die meisten Besucher der Ausstellung mit Unrecht für verächtlich über gar für giftig; er ist recht wohlschmeckend und liefert bei seiner Größe reichliche Mahlzeiten. Sogar den Perlpilz (am zweiten Tisch) empfiehlt Tisch ael nach Absetzen der Oberhaut als vorzügliches Speisepilz.

Von den Röhrenpilzen zeigen Rostpilz, Rostfarnpilz und Zitronenpilz eine Verästelung des Fleisches beim Zerschneiden, die also nichts in der Frage der Schädlichkeit beweist. Meiden soll man die Röhrenpilze, die stark herbe anlaufen und gleichgültig am Stiele oder an der Substratschicht rot gefärbt sind, wie den Satanspilz, Regenpilz und Röhrling, die mehr in gebirgigen Gegenden vorkommen und in acht Tagen hoffentlich zur Stelle sein werden. Dagegen ist das sogenannte falsche Galuschel, das sich durch die apfelsinartige Färbung von dem allbekanntesten Schmetterlingsspeisepilz unterscheidet, kaum zu fürchten.

In großer Anzahl treten die Pilze auf, die mit und ohne Recht — das letztere gilt von dem Grün- und Schneeröhrling, die gar keinen Nährwert besitzen — ihren Namen führen. Bei den giftigen oder doch ungenießbaren Pilzen schmeckt die Milch scharf und brennend, bei den essbaren oder harmlosen mild.

Eigenartige Gestalt besitzen die Korallenpilze, unter denen es keinen einzigen schädlichen Vertreter gibt. Bekannte Sumpfpilze sind Ziegenbart und Feisterring, der in Breslau und Umgebung treffend als „Sommermorchel“ bezeichnet wird. Ungenießbar sind die gewöhnliche Zuberrettung ist die Kiedrige, biegsame Calocera viscosa und andere ausgestellte Arten. Die Staubpilze oder Bobilze sollen jung essbar sein. Den giftigen Gartenbohnenkennzeichen Farbe und Geruch des Inneren zur Genüge. Soweit es die Witterungsverhältnisse ermöglichen, wird jeder Pilz durch einen neuen ergänzt werden, sobald die Ausstellung ständig einige Arten — naturgemäß nicht immer dieselben — aufweisen wird. Insbesondere wird der Korallenblätterpilz, den jeder einmal — oder vielmehr öfters — gesehen haben sollte, dauernd ausgestellt werden.

Ein lieber Sohn. Unter der Anklage, seine Eltern gepörrigt zu haben, mußte sich der Knecht Robert Krautwald aus Wiltschau vor dem Breslauer Schöffengericht verantworten. Der junge Mann ist Vater zweier unehelichen Kinder. Seine Mutter kam dahinter, daß er auch mit einem anderen Mädchen Geschlechtsverkehr hatte, weshalb sie ihm Vorhaltungen machte. Nach Angabe des Sohnes soll die beklagte Mutter gesagt haben: „Du Furenmutter, bleib Du hübsch bei dem Mühl und kriech' nicht zu einer anderen, du hast wohl an zwei Kindern genug.“ Diese wohlgemeinte Ermahnung rief den Zorn des Herrn Sohnes hervor und er ließ sich dazu hinreißen, die Mutter mit dem gestiefelten Fuß in die Seite zu treten und ihr einige Ohrfeigen zu verpassen. Als der Vater davon erfuhr, ein schon hochbetagter Mann, schlug der rohe Sohn auch diesen in's Gesicht, „sobald er auf den Mist fiel.“ Die Mutter machte von ihrem Zeugnisverweigerungsrecht Gebrauch, während der Vater seinen Sohn belastete. „Sie wollen also Zeugnis ablegen“, sagte der Vorsitzende zu ihm, worauf er mit freudig durchgedrückten Kniescheiteln erwiderte: Jawohl, Herr Gerichtshof, ich habe als Soldat mein Amt König des Treueid geschworen, ich sage aus. Was der Treueid des Soldaten mit dieser Sache zu tun hatte, war dem Gericht, wie überhaupt jedem Anwesenden im Saale unverständlich. Dieser Mann verkörperte so recht den ausgebeuteten Landarbeiter mit „echt königstreuer Gesinnung“, ohne von der modernen Kultur des 20. Jahrhunderts belehrt zu sein. Auch der Sohn auf der Anklagebank machte einen stupiden Eindruck und er schien sich seines rohen Benehmens gar nicht bewußt zu sein. Das Gericht erließ in dem Verhalten des Sohnes eine von gemeiner und hoher Gesinnung zeugende Tat; es erkannte deshalb gegen den unbehilflichen Angeklagten auf zwei Monate Gefängnis.

Eine harte Strafe. Mit einem kleinen Kinde auf dem Arm betrat eine ledige Arbeiterin die Anklagebank der hiesigen Verurteilungskammer, um sich wegen Diebstahls im Rückfalle, verbunden mit einer Uebertretung des Feld- und Forstpolizeigesetzes zu verantworten. Die Angeklagte, die einen sehr abgegründeten Eindruck macht, hat bereits elf Vorstrafen wegen Diebstahls erlitten. Sie ist Mutter von sieben unehelichen Kindern, für deren Unterhalt sie bisher hauptsächlich allein sorgen mußte. Der Vorsitzende hält ihr vor: „Es ist aber Zeit, daß Sie nun endlich einmal das Stehlen lassen, sonst können Sie noch ins Zuchthaus.“ Darauf erwidert die Angeklagte: „Ich heirate jetzt, und wenn ich dann einen Ernährer habe, brauche ich nicht mehr zu stehlen.“ Auf dem Bernhardin-Friedhof in Rothfrescham soll die Angeklagte am 19. Mai 1913 einen Blumenlopp gestohlen und einige Stiefelstücke in aus den Anlagen gestohlen haben. Der Staatsanwalt wollte der Angeklagten noch einmal mildernde Umstände zugestehen wissen und beantragte die ihr Rückfalle diebstahl geltende Mindeststrafe von 3 Monaten Gefängnis. Auf diese Strafe erkannte auch das Gericht. Für das Unmenschen wurden 15 Mk. Geldstrafe festgelegt. Was die Frau gestohlen hat, war zusammen etwa 60 Pf. wert.

Im Konkurs geraten sind der Kaufmann Eugen Goldstein, Güldenstraße 10, und der Kaufmann Alfred Müller, Weststraße 3. Konkursverwalter ist in beiden Fällen der Kaufmann Kallmann, Feldstraße 27.

Abgangweise vorbestraft werden demnächst vom hiesigen Amtsgericht folgende Grundsätze: Kospothstraße 26 am 20. Oktober, Kaiser-Wilhelmstraße 140 am 18. Oktober, Dörmig (Band I, Blatt 27, auf den Bautechniker Ernst Langner in Breslau eingetragene) am 6. Oktober, Schweigerstraße 23/Altenstraße 74 am 18. Oktober, Güldenstraße 33 am 14. Oktober, Hohenjöllernstraße 85 am 21. Oktober.

Droschkenprüfung. Die Prüfung sämtlicher geklassifizierten Pferdewagen im öffentlichen Fahrwesen, auch der, die im Frühjahr dieses Jahres vorgeführt sind, und aller Kraftdroschken wird vom 4. bis 16. November vorgenommen. Die Vorstellungsliste sind nach den Polizeireviere geordnet.

Töblicher Sturz eines Kindes aus dem Fenster. Am Montag nachmittag gegen 4 1/2 Uhr ist der 4jährige Paul des Arbeiters Müller, Mathiasstraße 146, aus einem Fenster der Wohnung im vierten Stock in den Hof hinabgestürzt und an den Folgen der erlittenen schweren Verletzungen sofort verstorben.

Schwerer Betriebsunfall. In der Asphaltfabrik auf der Trebnitzstraße verunglückte am Montag früh gegen 7 Uhr ein dort beschäftigter Arbeiter dadurch schwer, daß er mit einem Arm in das Getriebe einer Asphaltmaschine geriet. Der Arm wurde dem Verunglückten durch die Zahnräder schwer verletzt. Man rief die Samariter der Feuerwehr herbei, die dem Verunglückten einen Verband anlegten und ihn sodann mittels ihres Krankenwagens nach dem Allerheiligenhospital schafften.

Neberfahren worden ist am Montag nachmittag auf der Saboma, Ecke Bohrauerstraße der Rautscher Johann Fromme aus Bischofswalde. Er wurde hilflos, mit schweren Verletzungen auf der Straße liegend aufgefunden; ein Schutzhmann veranlaßte seine Ueberführung ins Wenzel-Haus Krankenhaus. Da der Mann zurzeit noch nicht vernehmungsfähig ist, konnte nicht ermittelt werden, wie er zu dem Unfall gekommen ist.

Der Spiritusföcher. Auf der Schutzbühne war Montagabend ein Mann wieder einmal so unvorsichtig, den brennenden Spiritusföcher nachzulassen, wodurch eine Explosion entstand. Das Hemd des Mannes geriet in Flammen. Die hinzueilende Gheskau erlosch das Feuer mit einem Tuche, ihr Mann hat aber trotzdem so schwere Brandwunden erlitten, daß er zu einem Arzt gehen mußte.

Bermüht wird seit einigen Tagen das 19 Jahre alte Dienstmädchen Auguste Richter, Märkischestraße 196/198. Das Mädchen ist 1,67 Meter groß, hat hellblondes Haar, braune Augen und war mit schwarzem Rock, roter Mütze mit weißen Streifen, hellem Hut mit roten Rosen, schwarzen Strümpfen und schwarzen Schnürschuhen bekleidet.

Fahrraddiebstähle. Im Laufe der letzten vier Tage wurden wieder nachstehend verzeichnete Fahrräder gestohlen: „Wartburg“ Nr. 13113 mit gelben Felgen und Freilauf, „Naumanns Germania“ Nr. 580939 mit schwarzen Felgen und Freilauf, „Orlan“ Nr. 195481, braune Felgen, Freilauf, „Vorussia“ Nr. 368025, „Globe“ Nr. 251423, gelbe Felgen, „Perlius“ Nr. 81936, gelbe Felgen, Freilauf, „Wanderer“ Nr. 194255, gelbe Felgen, Freilauf, „Lemy“ schwarze Felgen, „Schlüsselrad“ schwarze Felgen, „Danigel“ Nr. 72116 gelbe Felgen, „Mero“ Nr. 370402, schwarze Felgen, Freilauf, „Brennabor“ Nr. 483892, „Brotte“ Nr. 270046, „Dürkopp“ Nr. 476142, gelbe Felgen, „Solid“ schwarze Felgen, „Stabil“ gelbe Felgen, Freilauf und rote Lederstiefel, „Brennabor“ Nr. 806404 schwarze Felgen, „Mero“ Nr. 586134, gelbe Felgen, Freilauf, „Naumanns Germania“ Nr. 175808 mit schwarzen Felgen.

Aus aller Welt.

Katholische Protestanten am Totenbett. In Offenburg in Baden war ein Militärkaplan, der Sergeant Mergenthaler nach einer Blinddarmentzündung schwer erkrankt und lag im Militärhospital. Mergenthaler war mit einer Protestantin verheiratet. Die Kinder wurden in der Religion der Mutter erzogen. Am Krankenbett des Sergeanten erschien nun der katholische Pfarrkurat Karle und suchte auf Mergenthaler dahin einzuwirken, daß er in eine nachträgliche Trauung nach katholischer Ritus und in die katholische Erziehung der Kinder willige, nur unter dieser Bedingung könne ihm der geistliche Beistand gewährt werden. Der Kranke wies das Ansuchen ab, aber der katholische Pfarrer Karle war so leicht nicht abzuweisen, er erschien noch einmal, als der Zustand des Kranken sich hoffnungslos war. Die Angehörigen des Sterbenden brachten allerdings so viel Energie auf, daß sie dem ausbrüchlichen Gesandten die Tür zeigten.

Es sollen Wankenküchler, daß im Militärhospital, wie überhaupt in allen Krankenhäusern, alle geistliche Agitation in den Krankenzimmern strengstens untersagt wird. Es ist selbstverständlich, daß solche Aufregungen dem Kranken nicht förderlich sind, unter Umständen selbst die allerbedenklichsten Folgen haben können. Wenn das Festhalten der Geisteskräfte nicht so weit reicht, daß sie das selbst einsehen, dann muß ihnen eben sehr energisch die Tür vor der Nase zugeschlagen werden.

Sequestrierung. Der wegen des großen Mühlheimer Eisenbahnunglücks von der hiesigen Strafkammer zu sechs Monaten Gefängnis verurteilte Zugführer Dachs in Delitzberg, ist auf Grund des allgemeinen Amnestieerlasses gütlich begnadigt worden, ohne daß er auch nur einen Tag seiner Freiheitsstrafe verbüßt hätte.

Geheime Metallabfälle bei der Firma Benz & Co. Der Magazinsverwalter Metz der Firma Benz & Co. hat, wie unter Frankfurter Parteiblatt mitteilt, Metallabfälle in größerer Maßstabe veruntreut und sie wagganweise verkauft. Der Schaden der Firma Benz beläuft sich auf 70 bis 80 000 Mk. Nach einer anderen Darstellung sollen mehrere Personen in die Angelegenheit verwickelt und insbesondere Schiebungen mit Automobilen vorgekommen sein.

Neu Arbeiter verschüttet. In Italien stürzte beim Bau einer neuen Straße zwischen Cosenza und Paola ein unfertiger Tunnel ein. Neun Arbeiter wurden begraben. Drei andere, die am Eingang beschäftigt waren, wurden getötet und sieben verwundet. Zu den Verschütteten konnte man bis jetzt noch nicht gelangen.

Explosion in einer Pulverfabrik. In Terida in Spanien ist am Sonnabend während eines Bewitters der Alth in eine Pulverfabrik und führte eine Explosion herbei, durch die eine Person getötet und 51 verletzt wurden. Der Schaden ist groß.

Schießwettbewerb. Bei dem Fernschießen des Kriegervereins von Mühlenthal, dem der Schießstand der privilegierten Schützenvereins zur Verfügung gestellt worden war, wurde am Sonntag nachmittag der 22 Jahre alte Arbeiter Schlott erschossen. Schlott war beauftragt, die abgegebenen Schüsse anzugeben, er wollte aus irgend einem Grunde noch etwas an der Scheibe zu recht machen, als ein zielernder Schuß ferner. Die Schuld an dem Unglück soll niemand treffen. Schlott hinterläßt eine Witwe und drei Kinder.

Automobilunglück. In der Nacht zum Dienstag überfuhr ein unbehelligtes Automobil in der Nähe von Büdingen einen Fährschiffswagen, der dem Auto entgegenkam. Das Pferd mußte auf der Stelle abgedrückt werden. Der Reiter wurde lebensgefährlich verletzt. Das Auto, dessen Nummer festgesetzt ist, raste davon und überließ den tödlich Verletzten seinem Schicksal. Passanten veranlaßten die Ueberführung der Verunglückten in ein Krankenhaus, wo er seinen schweren Verletzungen erlag.

Stoffweber. Seit Montag abend um 5 Uhr steht die chemische Fabrik von Adolf Brämann in Oberkleeben in Flammen. Das Feuer, das anfangs durch eine Staubexplosion entstanden ist, entwickelte so viel Rauch, daß die Arbeiter zeitweilig ihre Tätigkeit einstellen mußten. Bis jetzt ist über die Ursache der Fabrikanlage berichtet, und der angelegte Schaden beläuft sich auf eine Million Mark.

Schwerer Bootsunfall. In der Nacht vom Donnerstag (Morgen) wurde ein mit neun Personen besetztes Motorboot von einem Landeboot angefahren und in Grund gebohrt. Drei Personen, ein Mann und zwei Frauen, ertranken, die übrigen wurden gerettet.

Eine Anzahl in der Nähe weilende Personen wurden von dem umherstehenden Vitriol getroffen und ebenfalls verbrannt.

Verbrechen? Große Erregung ruft in Rom die Auffindung der blutüberströmten Leiche einer Nonne hervor, die später als die der Schwester Eulalia von den Salvatorianerinnen erkannt wurde. Es handelt sich um eine in Rom geborene Marie Wenzel, die in Wien in Stellung war und später in den Ordeu eintrat. Ein Verbrechen ist nicht ausgeschlossen.

Kleine Notizen.

Die Antisemiten boykottieren — Lessing. Auf welcher Kulturhöhe die Antisemiten stehen, beweist eine ulkige Notiz aus dem „Briefkasten“ der „Deutschsozialen Blätter“. Ein Mailster fragte an, wie er Lessing bekämpfen könne und darauf schreiben die „Deutschsozialen Blätter“:

Unseres Erachtens wird es zweckmäßig sein, wenn Sie eine Eingabe an den Bürgerausschuß machen, um die Aufführung von Lessings „Nathan der Weise“ möglichst zu verhindern. Auch Aufführung durch Engelhardt in den hiesigen Zeitungen und Schreiben an die Theatergesellschaft dürften zweckmäßig sein. Die Theatergesellschaft wird sicherlich nicht nur mit jüdischen Besuchern aus Stadt und Land, sondern auch mit christlich-deutschen Besuchern rechnen müssen, wenn sie Einnahmen erzielen will. Gerade in Ostpreußen sitzen doch viele Juden. Hoffentlich haben Ihre Bemühungen Erfolg.

Nun wird Lessing endlich vergessen werden und die Judengegner können triumphieren — wenn in Deutschland noch ein anständiger Mensch zu finden wäre, der die Antisemiten ernst nimmt.

Bei den Bayreuther Festspielen im Jahre 1914, die den „Dollander“, „Ring“ und „Parsifal“ bringen, wird Frau Metley-Kemp, die Breslau am Schluß der letzten Spielzeit verlassen hat, die Senta singen.

Arbeiterbildung.

In der „Jugend“ veröffentlicht Fritz Sanger folgende schöne Stellen:

Arbeiterbildung. Als ich zum erstenmal euch sah — Mit offenen Augen, hartem Munde, Im Stehen, Sitzen, Summen und Storn, Durch eine langgestreckte Stube Aufsaugen gierig Wort für Wort Und sah sie sich dem Überlegen, Da wußte ich im Augenblick: Mag auch die Zeit sich schwer bewegen Und mögt ihr auch die Ärmsten sein, Sei auch der Wagn in euren Pforten; Das steht so fest wie Stahl und Stein; Die Welt, die kommt, die steht euch offen.

Die Steuerfrage.

Wir veröffentlichen im folgenden, wie angekündigt, die Vorklage, die der Referent Genosse Wurm dem Parteitag zum Punkt 5 der Tagesordnung vorlegt.

I. Leitfäden zur Steuerfrage.

In der kapitalistischen Gesellschaft ist die Verteilung der Steuerlast eine politische Machtfrage: Die politisch stärkere Klasse legt die Steuern auf die politisch schwächere und vergrößert dadurch noch die im Wege des Kapitalismus liegende Ausbeutung der Arbeiterklasse.

Die Sozialdemokratie fordert die Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit.

Die auf der kapitalistischen Produktionsweise beruhende Gesellschaft wird gebildet durch die drei großen Klassen: Die Eigentümer von bloßer Arbeitskraft, die Lohnarbeiter, die Eigentümer von Kapital, die Kapitalisten, die Eigentümer von Grund und Boden, die Grundbesitzer.

Gemäß dem Entstehen der Einkommen aus Lohnarbeit, Profit und Grundrente.

Die Erhebungsform der Steuer, ob direkt oder indirekt ist nicht entscheidend für ihre Wirkung, das heißt für die Frage, wen die Last der Steuer tatsächlich trifft.

Steuern, die der Besteuerung tragen muß, sind direkte; Steuern, welche die Produktionskosten in gleichförmiger Weise beeinflussen, daß dadurch die Warenpreise erhöht werden, sind indirekte, sie werden vom Besteuerter auf einen Dritten überwälzt.

Ob eine Steuer direkt oder indirekt, steht daher nicht ein für allemal fest, sondern wechselt, je nach den wirtschaftlichen Machtverhältnissen der verschiedenen Bevölkerungsschichten.

Ausschließlich der Mehrwert (Grundrente, Zehntaus, Unternehmergewinn) darf besteuert werden.

Der Mehrwert wird unmittelbar getroffen durch Steuern auf Einkommen und Vermögen. Soweit diese nur aus Arbeitslohn stammen, müssen sie steuerfrei bleiben, und zwar weit über das von der heutigen Steuergesetzgebung festgesetzte Existenzminimum hinaus.

Die aus Mehrwert stammenden Einkommen und Vermögen sind verhältnismäßig um so höher zu besteuern, je größer sie sind (progressive Besteuerung).

Einkommen aus Vermögen (fundiertes Einkommen) ist höher zu besteuern als nicht fundiertes (Ergänzungsteuer). Besitz, der zum Erwerb des Lebensunterhaltes erforderlich ist, muß steuerfrei bleiben.

Steuern auf Einkommen aus bestimmten Quellen (Lohn, Gehalt, Besoldung, Beruf u. a.) Arbeitsertragssteuern, sind kein Ersatz für eine allgemeine Einkommensteuer, zumal sie gerade den Mehrwert, den Unternehmergewinn, freilassen, und nur ertragreich sind, wenn sie auch das Arbeitseinkommen treffen; das gilt auch für die Wehrsteuer auf Dienstunzulässig.

Direkt wirkt als Besitzsteuer, trotz indirekter Erhebung, die Kapitalrentensteuer, die die Erträge gewinnbringender Kapitalanlagen trifft: Zehntaus von Schuldverschreibungen, private und öffentliche (Staat, Gemeinde usw.), Dividenden von Aktien-Gesellschaften, (Zinsenden- oder Zinspunkter), Tantiemen (Vergütungen der Aufsichtsratsmitglieder von Aktiengesellschaften).

Diese Steuern können aber nur eine Ergänzung der Einkommen- und Vermögenssteuer sein, zumal sie das immobile Kapital (Grundbesitz) völlig freilassen.

Eine direkte Besitzsteuer ist auch die Vermögenszuwachssteuer, doch muß sie sowohl das mobile, als auch das immobile Kapital (Grundbesitz) treffen, progressiv sein und ein Existenzminimum, soweit es aus Arbeitseinkommen entstanden ist, freilassen. Die Vermögens- und Güterübertragung (der Rechtsverkehr) wird durch die Vertriebssteuern getroffen, die ihrer Erhebung nach indirekte Steuern sind.

Stets direkt wirkt auch die Erbschaftsteuer, eine unpopuläre Vermögenssteuer, die nicht von der Person des Erblassers, sondern aus der Hinterlassenschaft (also indirekt) erhoben wird.

Als Erbschaftsteuer, bei der der Anteil jedes einzelnen Erben besonders besteuert wird, bleibt ein größerer Teil des Erbes als Erbschaftsminimum steuerfrei. Ertragsreicher ist die Erbschaftsteuer als Nachlasssteuer, bei der die Hinterlassenschaft als Ganzes besteuert wird.

Durch die Erbschaftsteuer kann auch die Hinterziehung von Einkommen- und Vermögenssteuern aufgehebt werden.

Ergänzt wird die Erbschaftsteuer durch die Besteuerung der Schenkungen an Lebende, da sie die Hinterziehung der Erbschaftsteuer verhindert.

Nicht immer überwälzbar ist die Besteuerung des unbedienten Wertzuwachses an Gebäuden und Bauplätzen, da diese Steuer ungleich die Objekte trifft, je nach der wechselnden Höhe des Gewinnes.

Wichtiger auf Wächter oder Mieter abwälzbar ist dagegen die Grundstücksimpossibilität, die gleichmäßig vom Verkaufspreis eines Grundstücks erhoben wird.

Entscheidend sind also die örtlichen Verhältnisse. Mit ihm muß den örtlichen Verwaltungen (Gemeinden) die Einführung oder Aufhebung dieser Steuern zustehen, allerdings unter der Voraussetzung, daß nicht die Interessen der Hausbesitzer in den Gemeindeverwaltungen maßgebend sind.

Umsatzsteuern auf das mobile Kapital werden in Form von Stempelsteuern erhoben. Sie sind abzulehnen, soweit sie Handel und Verkehr erschweren, störend auf den Arbeitsmarkt wirken oder vom Besteuerter auf Dritte überwälzt werden, die die wirtschaftlich Schwächeren sind, oft sogar sich in Notlage befinden. So sind z. B. abzulehnen die Stempelsteuern auf Kaufverträge, Darlehen, Quittungen, Wechsel, Schecks, Brachurkunden, Fahrkarten. Dagegen können Steuern auf Spekulations- und Gründergewinne zulässig sein.

Sehr wechselnd in ihren Wirkungen, je nach den wirtschaftlichen Machtverhältnissen der verschiedenen Bevölkerungsschichten, sind diejenigen Ertragssteuern, die auf den Ertrag einzelner Arten der Einkommensgewinnung gelegt ist: und zwar die Einkommensteuer auf die Mittel (Objekte) zur Einkommensgewinnung: Grundbesitz, Gebäude, Zehntaus, Handel und Gewerbe (Objekt, oder Realsteuern). Sie können nur zur Ergänzung der Einkommen- und Vermögenssteuer dienen, niemals diese ersetzen; vielsach kann sie der Besteuerung auf Dritte überwälzen.

Die landwirtschaftliche Grundsteuer wirkt nur dann direkt auf den Besitzer, wenn das Angebot von Bodenprodukten größer ist als die Nachfrage, so daß die Steuer nicht auf den Preis der Produkte geschlagen werden kann.

Dies ist der Fall, seitdem der Weltmarkt die Preise festsetzt, soweit nicht durch Zensurpieren Grundbesitzmonopol erhalten bleibt.

Die Grundsteuer wirkt jetzt als Besteuerung der Grundrente, also direkt auf den Grundbesitzer, der sie nicht abwälzen kann; mithin, da die Grundsteuer die Grundrente vermindert, also auch den Preis des Bodens, bewirkt die Grundsteuer die Übertragung der Grundrente auf die Gesamtheit.

Umgekehrt: jede Ermäßigung oder Aufhebung der Grundsteuer wirkt als ein Geschenk an die Grundeigentümer.

Die Veranlagung zur Grundsteuer muß nach dem gemeinen Wert (Verkehrswert, Marktwert) erfolgen, nicht nach dem Ertragswert, weil dieser nur in größeren Wirtschaftskreisen feststellbar ist, daher oft weit hinter dem wirklichen Ertrage zurückbleibt.

Solange die Grundsteuer nach dem Ertragswert erhoben wird, bedarf sie der Ergänzung durch die Bodenwertzuwachssteuer, die aber nicht erst beim Verkauf eines Grundstücks, sondern regelmäßig in bestimmten Wirtschaftskreisen erhoben werden muß. Auch sie wirkt bei landwirtschaftlichen Grundstücken direkt als Besteuerung des Mehrwertes.

Die Gebäudesteuer und die Steuer auf unbebautes Bauland (Bauplätze) dagegen wird nicht stets vom Besitzer der Gebäude und Bauplätze getragen, so daß die Steuer direkt als Besitzsteuer wirkt, sondern: Wenn die Nachfrage nach Wohnungen größer ist als das Angebot, kann sie zuletzt auf die Mieter überwälzt werden. Aufhebung der Gebäudesteuer aber wirkt dann doch nur zu Gunsten der Hausbesitzer.

Die Wohnungssteuer oder Mietssteuer kann auf den Vermieter zurückfallen, wenn das Angebot von Wohnungen größer ist als die Nachfrage. Zumeist aber muß sie der Mieter tragen, dem dadurch ein notwendiges Bedürfnis besteuert wird ohne Verbilligung seines allgemeinen Einkommens und Vermögens, da gerade die ärmere Bevölkerung verhältnismäßig mehr für Miete zahlen muß, als die wohlhabende, und kühnere Leute eine größere Wohnung brauchen als Kinderlose.

Deshalb kann der Mietspreis auch nicht zur Grundlage für eine Einkommenbesteuerung dienen.

Im gleichen Maße wirkt die Fenster- und Zehntaussteuer, die auch gesundheitliche Nachteile für die Mieter bringt.

Eine direkte Steuer ist die Gewerbesteuer, die den Reinertrag der gewerblichen Tätigkeit erfassen soll, ihn aber, da sie nach äußeren Merkmalen veranlagt wird (Anlage- und Betriebskapital, Umsatz), nicht richtig treffen kann, so daß die Schwächeren meist zu hoch besteuert werden.

Sondergewerbesteuer, durch welche die wirtschaftlich starken Gruppen getroffen werden, wie durch die Wandlersteuer, Warenkaufsteuer, Warenumsatzsteuer werden auf die Konsumenten und Lieferanten abgewälzt, während die Besteuerung der wirtschaftlich Schwachen, wie bei der Haussteuer und vielfach bei der Konsumsteuer für Gast- und Schankwirtschaften, diese mit voller Wucht trifft.

Die Aufhebung der Gewerbesteuer ist aber, solange nicht durch genügende Einkommen- und Vermögenssteuer mit Zehntauszwang Ersatz geschaffen ist, oft ein Geschenk an die Gewerbetreibenden, ohne Nutzen für die Konsumenten.

Indirekt nach Erhebungsform und Wirkung sind die Verbrauchsabgaben (Lohnsteuer), die Steuern auf den Verbrauch von Salz, Bier, Branntwein, Tabak, Zucker u. a. m. Der Produzent läßt sich nicht allein den Betrag dieser Steuern, sondern meist noch einen Aufschlag von dem Verbraucher der Produkte wiedererhalten, da dieser zumeist der wirtschaftlich Schwächere gegenüber dem Produzenten ist.

Damit nicht der Konkurrenzkampf der Produzenten die Überwälzung der Steuer auf die Konsumenten aufhebt oder einschränkt, wird oft noch durch die Steuererhebung die Produktion niedriger begrenzt als die Nachfrage (kontingentiert) und gleichzeitig die über die Vegetation hinaus produzierte Ware, das Überkonsumt, mit einer höheren Steuer belegt, so daß die Nachfrage auch die höher besteuerte Ware benutzen muß.

Das hat zur Folge, daß die gesamte Ware, auch die niedriger besteuerte, mit dem höheren Steuerbetrag verkauft wird, mithin der Unterschied zwischen der höheren und niedrigeren Steuer dem Produzenten zugute kommt (Lohnsteuer). Die scheinbare Straffsteuer für die Überproduktion ist also in Wirklichkeit eine Straffsteuer für die Konsumenten und eine Fürsorgeleistung für die Produzenten, zumal sie gleichzeitig deren Marktöffnung begünstigt und dadurch noch weitere Preissteigerungen ermöglicht.

Die Verbrauchsabgaben belasten den Verbraucher im Verhältnis zu seinem Einkommen stärker als den Wohlhabenden und Reichen.

Verbrauchsabgaben auf den Luxus der reichen Leute, Luxussteuern, bringen auch bei hohem Steuersatz verhältnismäßig nur geringe Einnahmen, während sie auf die Produktion der Luxuswaren und damit auf die Lage der Hersteller derselben, wie auf den ausgedehnten Handel schädigend wirken können.

Wie die Verbrauchsabgaben wirken auch die Zölle auf Nahrungs- und Genussmittel und auf Verbrauchsgegenstände als indirekte Steuern, welche die ärmsten Konsumenten verhältnismäßig am schwersten belasten.

Wie eine indirekte Besteuerung wirken auch die Staats- oder Gemeinemonopole, sofern sie auf ihre Waren mehr als den üblichen Gewinn aufschlagen, also in verkappter Form Steuern erheben.

Parteiangelegenheiten.

Bebel-Gebärdnissfeier in London. Auf dem Trafalgar Square fand Sonntag nachmittag eine von 10.000 Menschen besuchte Bebel-Gebärdnissfeier statt. Den Vorsitz führte Keir Hardie. Redner aller sozialistischen Sektionen und der Gewerkschaften sprachen, so Hyndman, Kees Dorle, Anderson, Glaston und andere. Die Genossen Dr. Phillips und Cameron feierten den Verstorbene in ihren Reden als das leuchtende Vorbild der internationalen Sozialdemokratie. Besonders vielen galt alle Redner auf die Rolle hin, die Bebel in der Bewegung zur sozialistischen Einigung gespielt hat. In seinem Schlusswort sagte Keir Hardie, er erwarte mit Zuversicht, daß man im nächsten Jahre auf dem Trafalgar Square zusammenkomme, nicht um des Todes eines großen sozialistischen Kämpfers zu gedenken, sondern um die Geburt der sozialistischen Einigung Englands zu feiern.

Die jüdische Presse zum Tode August Bebel. Die jüdischen Wochenzeitschriften widmen August Bebel ehrende Nachrufe. Sie heben besonders seinen Kampf gegen Glöcker und Whitward hervor und geben seine Ausführungen gegen den Antisemitismus auszugswise wieder. Ferner betonen diese Blätter, daß Bebel stets seine laute Stimme für die staatsbürgerliche Gleichberechtigung der Juden erhob. Da unser Parteiführer mit dieser Forderung eine Ansicht vertrat, die Gemeingut der Sozialdemokratie ist, so ist die Anerkennung aus jüdischen Kreisen doppelt beachtenswert. Einmal weil gewisse liberale Blätter sehr schnell bereit sind, auch die berechtigteste sozialdemokratische Kritik an Kapitalisten jüdischen Glaubens als Antisemitismus zu bezeichnen. Zweitens widerlegt die anerkannte Tatsache, daß die Sozialdemokratie für die Gleichberechtigung der Juden eintritt, den dummen Vorwurf, daß wir eine einseitige Klassenpolitik betreiben. Sie bestätigt, daß wir getreu unserem Programm gegen jede Unterdrückung einer Klasse oder Rasse kämpfen.

25 Jahre Wahlverein. Der sozialdemokratische Wahlverein Oldenburg beging am Sonntag, den 23. August d. J. das fünfundsingzigjährige Jubiläum seines Bestehens. Es dürfte wenig Gegenden und Orte im deutschen Reich geben, wo der so bedeutende Boden für unsere Genossen so hart und steinig war, und teils noch ist, wie in der industriellen Be-

auten- und Residenzstadt Oldenburg. Beamte und Kleinbürger drückten diesem Orte, als das Sozialistengesetz brutal jeden sozialistischen Friseur zu zerkleinern suchte, besonders ihren Stempel auf und nur unter den größten Anstrengungen und persönlichen Opfern ist es gelungen, die Partei auch hier festen Fuß fassen zu lassen. Bei den Septennarwahlen 1877 wurden im ersten oldenburgischen Reichstagswahlkreise, zu dem auch die Fürstentümer Lüneburg und Birkenfeld zählen, erst 924 sozialdemokratische Stimmen aufgebracht; 1912 war diese Stimmenzahl auf 10.235 gestiegen und steht unser Kandidat in dem noch heute vorwiegend agrarischen Wahlkreise bereits seit mehreren Wahlperioden mit den nationalliberalen oder fortschrittlichen Kandidaten in Stichwahl. In der Stadt Oldenburg selbst, in der vor fünfundsingzig Jahren niemand wagen dürfte, sich öffentlich zur Sozialdemokratie zu bekennen, zählt der sozialdemokratische Wahlverein heute 1523 Mitglieder, darunter 447 Frauen, trotzdem auch jetzt von einer industriellen Entwicklung in dem Residenzbezirk noch immer keine Rede sein kann. Landtagsabgeordneter Hug-Rüstringen hat eine kurze Jubiläumsschrift verfaßt, die vom sozialdemokratischen Wahlverein verlegt wird, die einen Teil der Parteigeschichte für das Großherzogtum Oldenburg und Ostfriesland darstellt und in interessanter Weise die Kämpfe schildert, die die Partei endlich auch hier vorwärts brachten.

Der brandenburgische Provinzialparteitag. Am Sonntag Vormittag trat in Frankfurt a. O. der Parteitag für den Bezirk Brandenburg zusammen. Vor Eintritt in die Tagesordnung widmete der Vorsitzende, Genosse Sydow-Brandenburg, unserem verstorbenen Genossen August Bebel einen warmempfindlichen Nachruf. Den Geschäftsbericht für das abgelaufene Jahr erstattete der Provinzialsekretär Wels. Er betonte, daß die Mitgliederbewegung in diesem Jahre nicht das erfreuliche Bild des Vorjahres gezeigt habe. Es sei ein Rückgang an männlichen Mitgliedern zu verzeichnen, der nur wenig gemacht werde, durch die Zunahme der weiblichen Mitglieder. Immerhin habe sich die Gesamtmitgliederzahl gegen das Vorjahr noch um 41 vermindert. Bedauerlich sei es, daß es im Vorjahre nur an zwei Orten gelungen sei, neue Zehntausstellen zu errichten; da in etwa 200 Orten des Bezirks noch Zehntausmitglieder vorhanden seien, habe hier die Verarbeitbarkeit einzuführen, damit durch Gründung neuer Wahlvereine im nächsten Jahre bessere Erfolge erzielt werden. — Bei der im Bezirk verbreiteten sozialdemokratischen Presse machte sich derselbe Rückgang an Abonnenten bemerkbar, wie an vielen anderen Orten. Wir müssen alles daran setzen, diesen Verlust wettzumachen und darüber hinaus unseren Organisationen und unserer Presse neue Mitkämpfer zuzuführen.

Die Bildungsbestrebungen werden in 13 Wahlkreisen des Bezirks durch 23 Bildungsausschüsse gefördert; durch Vortragsaufsätze, künstlerische Veranstaltungen u. dergl. ist Erhebliches für das Bildungsbestreben der Mitglieder geleistet worden. Die „Arbeiter-Jugend“ hatte im Berichtsjahr in 23 Orten 2675 Leser; bedauerlich sei es, daß eine Reihe größerer Orte im Bezirk der Jugendbewegung immer noch nicht das nötige Verständnis entgegenbringe. So sei es auffallend, daß in Potsdam die „Arbeiter-Jugend“ nur in einem Exemplar gelesen werde, während in einer ganzen Reihe kleiner und kleiner Ortsgemeinden 20, 30, ja 40 Abonnenten gezählt wurden. Von den 29 im Bezirk errichteten Auskunftsbüros wurden 2965 Auskünfte erteilt.

In lässigen Ausführungen beschäftigte sich Wels mit der zurzeit geübten Diskussion über den Massenstreik. Nach seiner Meinung habe es niemals bei einer Parteifrage ein größeres Durcheinander gegeben, wie hier. Redner gibt ein Bild über die von den Vertretern des Massenstreiks vertretenen verschiedenen Ansichten und meint, daß die bisherigen Massenstreiks keinerlei Rückschlus auf die Durchführung des preussischen Massenstreiks zulassen. Wenn er seine Stellung zur heutigen Diskussion des Massenstreiks darlegen solle, so müsse er sagen, daß die derzeitige Diskussion eine überflüssige und gefährliche sei. Ganz sicherlich wird der Massenstreik einmal in Anwendung kommen, dann aber wird es sein ein Kampf um die politischen Grundrechte des Volkes, ein Kampf gegen den Versuch, die Koalitionen der Arbeiter zu zerbrechen.

In der Frage der Steuererhebung sei eine künstliche Erregung gegen die Fraktion hervorgerufen worden. Gerade in Brandenburg habe die heftige Neuwahl in Jauer, Belgig, die erste nach Erledigung der Steuererhebung im Reichstag, gezeigt, daß die breiten Massen volles Verständnis für die Haltung der Mehrheit der Fraktion haben. Wenn jetzt gesagt wird, daß auch direkte Steuern letzten Endes von den Arbeitern getragen werden, dann sollten die Vertreter dieser Auffassung konsequent sein und das Parteiprogramm revidieren und verlangen, daß jede Bemüßung nach Reichsteuern verweigert werde. — Den Massenbericht erstattete Richard Schmidt-Berlin. Die Einnahme des Bezirks beträgt danach 37.685,08 Mark und die Ausgabe 31.843,81 Mark, jedoch ein Bestand von 2841,27 Mark vorhanden ist. In den Parteivorstand wurden 11.160 Mark abgeführt. — In der Diskussion beschäftigte sich Genosse R. Liebknecht zunächst mit den Ausführungen Wels über die Mehrvorlage: Er sei nicht in der Lage, der vorliegenden Resolution, die die Zustimmung der Fraktion zur Bedingungslosigkeit ausdrücklich billigt, zuzustimmen. Ueber den Massenstreik vertritt Redner seine bereits bekannte Auffassung. Nach weiterer Diskussion, an der sich die Genossen Reus und Bräuner beteiligten, wurde über folgende Resolution abgestimmt:

„Der Parteitag der Provinz Brandenburg stellt sich auf den Boden der von der Reichstagsfraktion zu den Bedingungslosigkeiten abgegebenen Erklärung und billigt ausdrücklich die Zustimmung der Fraktion zu den beiden Besitzsteuergesetzen.“

Gegen 5 Stimmen wurde die Resolution angenommen. Zum nächsten Tagesordnungspunkte hielt Genosse Braun einen sehr instruktiven Vortrag über die Entscheidung der Stellung der Partei zur Agrarfrage. Der Redner wies im Verlauf seines Vortrags auf die Notwendigkeit hin, durch eine auf dem Parteitag oder dem Parteiauschuß zu wählende Kommission die neuen Tatsachen in der Agrarwirtschaft zu prüfen, um der Partei die Richtlinien in ihrer Stellung zur Agrarfrage zu geben.

Nach Erledigung einiger Wahlen wurde der Parteitag geschlossen.

Bei Eintritt in die Verhandlungen hatte der Vorsitzende mitgeteilt, daß der bisherige Parteivorstand des Wahlkreises Friedeberg-Grünwalde, Vorsitzender Karl Dreßler, durch ein Schiedsgericht wegen Parteiverrats aus der Partei ausgeschlossen worden sei. Dreßler habe bei der letzten Reichstagswahl, bei der es im Wahlkreise Friedeberg-Grünwalde zwischen dem konservativen Gouverneur a. D. v. Schudmann und dem Antisemiten Redakteur Wilhelm Bruhn zu einer Stichwahl kam, mit noch zwei anderen Genossen einen Wahlauftritt gegen v. Schudmanns unterstufen und sich dafür bejahen lassen. Die Partei war daher genötigt, den Ausschus Dreßler zu beschließen.

Die Reichs-Generalversammlung des Zentralwahlvereins für Zeltow-Beelitz-Storlow-Charlottenburg nahm am Sonntag, den 24. August, zu dem Parteitag Stellung. Das einleitende Referat hatte der Genosse Pagels übernommen. In dem Vortragsgrund seiner Betrachtungen stellte er die Fragen der Stellung in der Mitgliederbewegung, die Walfeder, die Stellungnahme der Fraktion zur letzten Walfeder- und den dazugehörigen Bedingungslosigkeiten und den Massenstreik. Er kam zu dem Er-

gebnis, daß es bezüglich der Waise so wie bisher nicht weitergehen könne. Es müßte die deutsche Partei unter den bestehenden Umständen den Mut haben, auf dem nächsten internationalen Kongress zu beantragen, die Waise aufzuheben. Die Stellungnahme und Haltung der Fraktion verleihe der Referent und befrachte, daß sie in tatsächlicher und prinzipieller Hinsicht mit den programmatischen Grundgedanken der Partei in Widerspruch stünde. Im Gegenteil sei er der Meinung, daß die Fraktion in geschichtlicher Weise im Interesse der Partei und der arbeitenden Bevölkerung gehandelt habe. Den Massenstreik hält Redner zurzeit noch nicht für anwendbar. Zu seiner erfolgreichen Durchführung fehlen noch die notwendigen organisatorischen Voraussetzungen. Die Organisation — Partei und Gewerkschaften — müssen noch viel umfassender und aktionsfähiger sein. Von einem Experimentierstreik müssen wir die Hände lassen, zu viel stünde für die Arbeiterbewegung auf dem Spiele.

Das Referat wurde feilsällig aufgenommen. Die Diskussion war eine sehr lebhaft. Genosse Pica drachte eine Resolution ein, nach welcher die Generalversammlung die Salbung der Fraktion bedauert und verlangt wird, daß der Parteitag seine Zustimmung zu dem Verhalten der Fraktion nicht gibt. Nach eingehender Begründung dieser Resolution durch den Antragsteller wandten sich alle folgenden Redner entschieden dagegen. Besonders Scholz (Neukölln) zeigte an der Hand der Parteitagprotokolle und Fraktionsberichte, daß die Fraktion wiederholt bei ähnlichen Anlässen ebenso wie in dem vorliegenden Fall gehandelt und kein Wort des Widerspruches in den Reihen der Parteigenossen sich bemerkbar gemacht habe. Wenn der Verwendungszeit der Steuern in Betracht käme, dann könne unsere Fraktion keine Steuern bezahlen, auch nicht die, welche wie programmatisch fordern; die den doch letzten Endes alle Einnahmen im Klassenstaate für militärische und maritime Zwecke.

Bei der Abstimmung wurde die Resolution Pica mit großer Mehrheit abgelehnt, nur etwa 13 Delegierte von 166 erklärten sich dafür. Angenommen wurde ein Antrag, auf die Tagesordnung des Parteitages zu setzen: „Massenstreik und Wahlrechtsfrage“, und auf die Tagesordnung des nächsten zu setzen: „Die Agrarfrage“. Den Geburtenstreik auf dem Parteitag zu behandeln wurde abgelehnt. Dem Parteitag soll nach eine Resolution unterbreitet werden, in der gesagt wird, daß sich immer deutlicher die Unmöglichkeit zeigt, mit den bisherigen Kampfmitteln das freie Wahlrecht in Preußen zu erringen. Der Parteitag möge deshalb beschließen, die Organisationen zu drängen, eine ganz systematische Propaganda für den politischen Massenstreik zu betreiben. Ein Antrag wurde noch angenommen, welcher verlangt, daß die „Gleichheit“ dem Verhältnis der in die Partei neu Eintretenden mehr angepasst wird. Zur Waise soll dem Parteitag noch ein Antrag unterbreitet werden, nach welchem alle Parteigenossen, die den 1. Mai feiern und keinen Lohnanspruch haben, verpflichtet werden, den Tagesverdienst abzugeben.

Aus den Organisationen. In Hanau beschäftigte sich eine Tagung der Parteiverammlung mit der Stellung der Fraktion zur Deckungsfrage. Das einleitende Referat hatte Reichstagsabgeordneter Genosse Koch. Redner behandelte eingehend die Situation, in der sich die Fraktion befindet, führte die Gründe an, die für und gegen die Zustimmung zur Deckungsfrage und der Weisheit sprechen, um dann seinen ablehnenden Standpunkt zu begründen. Die Gründe, die von einem Teil der Beisitzer von Weisheit und Weisheit angeführt werden, bergen nach Kochs Ansicht in ihrer weiteren Folgerung die größten Gefahren für die Zukunft in sich. Die Deckungsfrage bilde für Zentrum und Liberale die Voraussetzung für die Annahme der Militärvorlage. Schon winkt uns eine neue Marinevorlage. Was denn, wenn Marinevorlage und direkte Steuern in einem Mantelgesetz uns unterbreitet werden? Die Partei habe alle Ursache, sich ernsthaft mit diesen Fragen zu beschäftigen.

Vier weitere Redner vertreten in der Debatte ihren ablehnenden Standpunkt gegenüber den Deckungsvorlagen. Die Versammlung brachte einstimmig zum Ausdruck, daß sie den Standpunkt der Mehrheit der Fraktion in dieser Frage nicht billigt.

Ein monatliches Bildungsorgan für denkende Arbeiter will Genosse Julian Vorschardt vom 1. September ab unter dem Titel „Kritikblätter“ herausgeben. Die Einzelnummer soll 10 Pf., das Abonnement für 3 Quartale also nur 30 Pf. kosten. Mit der Gründung verwickelt Genosse Vorschardt... wie er mittelst, einen lange erwohnten Plan. Im Verlauf der vielen Bildungsreisen, die er seit sechs Jahren in zahlreichen Orten Deutschlands abgehalten hat, wurde es immer wieder als Mangel empfunden, daß das durch den Kurzus geweckte Interesse gerade der eifrigen Genossen, hinterher keine Nahrung mehr fand. Der Wunsch, eine Zeitschrift zu besitzen, die in populärer Form regelmäßig Stoff zur Diskussion und Anregung zum Nachdenken über die grundlegenden Fragen des Sozialismus brächte, wurde immer von neuem geäußert. Das Unternehmen ist ein rein privates, da es aber seit Wochen bekannt war und ihm von keiner Instanz widersprochen zu sein scheint, dürfen ihm auch jetzt kein Widerspruch begegnen. Die erste Nummer soll folgenden Inhalt haben: 1. Unser Weg. 2. Krieg. 3. Wachsender Reichtum — Steigendes Elend. 4. Wirtschaftsgeschichte. 5. Die Kunst des Lesens. Man wolle den Inhalt der neuen Zeitschrift abwarten müssen, ehe man ein Urteil fällen kann.

Schlesien, Posen und Raabergebiete.

Die schlesischen Mittelschulen.

Der deutsche Lehrerverein und die pädagogische Welt überhaupt verlangen anstelle der heutigen zerstückelten Schulorganisation die Einheitschule, die unter Abschaffung aller Ständeschulen (Vorschulen usw.) nur drei Schulgattungen kennt: die Volksschule als Unterbau, die höhere Schule, die Universität. Bei der Unvollkommenheit der heutigen Volksschule ist man in den Städten bestrebt, eine Art gebobene Volksschule zu pflegen, die sogenannte Mittelschule, die über das Volksschulziel hinausgeht.

Auch in Schlesien hat diese besonders dem mittleren Bürgerum dienende Sonderform Eingang gefunden. Nach der vorjährigen Schulstatistik belief die Provinz 12 öffentliche Knabenmittelschulen mit 2704 und 12 private mit 566 Schülern, 19 öffentliche Mädchenmittelschulen mit 6927 und 47 private mit 3870 Schülern, 6 gemischte öffentliche und 18 gemischte private Mittelschulen mit 1359 und 732 Schülern, zusammen 114 Mittelschulen mit 15358 Schülern und Schülerinnen.

Die dafür aufzuwendenden Kosten beliefen sich auf 137 Millionen Mark, zu denen der Staat nur 27 520 Mk. beitrug, eine lächerlich geringe Summe. Die Hauptlast ruht mit 75 734 Mk. auf den Städten, und 54 502 Mk. müssen die Eltern durch Schulgeld aufbringen.

Glogau, 21. August. Soldaten als Lohnstricker. Trotzdem unter den hiesigen Arbeitern, im Besonderen aber bei den Bauarbeitern eine ungeheurer große Arbeitslosigkeit herrscht, werden schon seit einiger Zeit bei den neu der Firma Michaelis anzuführenden Bauarbeiten in Jerschau 10 Soldaten als Bauarbeiter beschäftigt. Obwohl die Firma Michaelis in dem Maße bestrebt, die niedrigsten Arbeitslöhne zu bezahlen, werden wiederholt um Arbeit nachtragende arbeitslose Arbeiter abgewiesen, ja sogar noch Arbeiter wegen Arbeitslosigkeit entlassen, die Soldaten aber weiter beschäftigt. Von der Organisation der Transportarbeiter ist bereits berichtet worden wegen der Heranziehung von Soldaten als Lohnstricker.

Streik auf die in Glogau herrschende große Arbeitslosigkeit bei der Kommandantur eingelegt worden. Im Interesse der Arbeiter kann man nur wünschen, daß die Beschwerde bald Erfolg hat und die als Bauarbeiter beschäftigten Soldaten so schnell als möglich zurückgezogen werden. Man wendet sich ja sonst immer gegen die Einführung der einjährigen Dienstzeit mit der Begründung, daß die zwei Jahre für die Ausbildung der Soldaten unumgänglich notwendig sind. Hier aber, wo es gilt, einem Unternehmer billige Arbeitskräfte zu stellen, geht es auf einmal, wenn Soldaten so lange ihrem eigentlichen Beruf entzogen werden.

Glogau, 26. August. Die alte Auflage gegen die bürgerliche Gesellschaft. Passanten fanden Sonntag gegen 6 Uhr abends einen blutüberströmten Menschen im Gedränge in der Nähe der Artilleriekaserne liegen, der an der rechten Schläfe eine Schußwunde aufwies. Man schaffte den Verletzten durch die städtische Sanitätsstation nach dem Krankenhaus, wo er zum Bewußtsein kam. Er gab an, der Arbeiter Wilhelm Waier aus Niedersauche, Kreis Sprottau, zu sein und daß es ihm nicht mehr möglich zum Weiterleben sei. Nahrungs-sorgen scheinen dem Unglücklichen den Revolver in die Hand gedrückt zu haben.

Guhrau, 26. August. Unter freiem Himmel fand am Sonntag in Ratzing eine öffentliche Frauenversammlung statt. Genossin Frida Wulff-Breslau verbreitete sich des längeren über „Die Leiden und Freuden unserer Arbeiterfrauen“. Mit Recht hob die Rednerin hervor, wie gerade die weiblichen Proletarier in unserer kapitalistischen Welt der Ausbeutung ihrer Arbeitskraft machtlos gegenüberstehen, wie sie in der Zeit der herrschenden Teuerung und der mangelnden Erwerbsmöglichkeit der Männer am meisten zu leiden und zu entbehren genötigt sind und deshalb alle Ursache hätten, sich mehr als bisher dem politischen Kampf anzuschließen. Leider beweiße die Abwesenheit zu vieler Frauen an der heutigen Versammlung, daß es ihnen mit einer Verbesserung ihrer traurigen Lage an dem nötigen Ernst und dem Verständnis fehle. Mögen also die Männer alles versuchen, ihre Frauen hierüber aufzuklären, damit auch diese endlich an der Befreiung der Arbeiterklasse teilnehmen können. — Genosse Fischer teilte darauf noch verschiedene Anregungen in Bezug auf die im nächsten Monat stattfindenden Ausschusssitzungen zur Ortskrankenkasse mit, da besonders von der Juckerfabrik alles möglich versucht wird, ihre Schächeln gegen Andersdenkende auszuwickeln. Möge also jeder Versicherte sich die Leute seiner Wahl genau ansehen, die Folgen einer verkehrten Klassenpolitik fallen auf sie selbst zurück. Mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie wurde die von etwa 150 Personen besuchte Versammlung geschlossen.

Aus dem Wahlverein. Die gutbesuchte Mitglieder-Versammlung hörte zunächst einen Vortrag der Genossin Wulff-Breslau über die Aufgaben des diesjährigen Parteitages. In der Deckungs- und Steuerfrage dürfe die Fraktion das Richtige getroffen haben. — Die Diskussion bewegte sich in gutem nennendem Sinne. — Von einer Beteiligung an der Urabstimmung zur Delegation für den diesjährigen Parteitag wurde Abstand genommen, da die Genossen den bestehenden Vertretungsmodus nicht als angemessen anzuerkennen vermögen.

Jauer, 25. August. Patriotische Schlachtfeldpyänen. Zu den Massenbiebstählen während und nach dem großen Jugenddrummel auf dem Raggbach-Schlachtfeld wird jetzt noch gemeldet, daß bei den im Laufe der vergangenen Woche stattgefundenen Hausdurchsuchungen durch die Gendarmen große Mengen von Eisen und Kochgeschirr, sowie zentnerweise Kaffee, Zucker, Speck und Erbsenmehl vorgefunden wurden. Mehrere Bauern haben zum Wegtransport der gestohlenen Sachen Pferde und Wagen gebraucht. Andere Teilnehmer, die nur so vor Patriotismus triefen, kamen mit stromm gefüllten Rucksäcken und vollen Taschen zu Hause an. — Einzelne Verhaftungen sind bereits erfolgt.

Janowitz, 26. August. Blitzschläge. Bei dem Montagmorgen gegen 3 1/2 Uhr niedergegangenen heftigen Gewitter fuhr ein Blitzstrahl in das Transformatorhaus hinter dem Gerichtshaus, ein zweiter in die elektrische Leitung bei dem Rentier-Ausflucht-Behälter oberhalb der Schule. Im letzteren Pause wurde die Schalttafel der Leitung zertrümmert und aus der Mauer herausgerissen, auch die Sicherungen demoliert. Im Gerichtshaus, wo nach der Kriegerball stattfand, verlöschte infolge der Schläge plötzlich das elektrische Licht.

Bernsdorf, 26. August. Diebstahl. In der Nacht vom Freitag zum Sonnabend wurde bei dem Kaufmann und Posthilfsstelleninhaber Graupe in Buchwald, Kreis Oels eingebrochen. Der Eindringler schnitt eine Fensterscheibe aus und drang alsdann in die Wohnung ein. Hier erbeutete er Kleidungsgegenstände, Gold- und Schmuckgegenstände im Gesamtwert von 1000 Mk. Eine von Breslau requirierter Polizeihund verfolgte dreimal hintereinander ein und dieselbe Spur und stellte einen Mauergeckellen. Dieser leugnet indes die Täterschaft.

Bjerrnswitz, 26. August. Frauenversammlung. In der am Sonntag hier abgehaltenen Frauenversammlung sprach Frau Lamatz-Breslau über Rechte und Pflichten der Arbeiterfrauen und erzielte für ihre treffenden Ausführungen lebhaften Beifall.

Wittow, 26. August. Jähren Verletzungen erlegen ist die Witwe des Baumstier Beyer, über deren schrecklichen Selbstmordversuch wir gestern berichteten.

Reife, 26. August. Von den Organisationen. In einer am Sonnabend stattgefundenen öffentlichen Gewerkschafts-Versammlung behandelte Genosse Trappe-Beuthen das Thema: „Die Interessen der Arbeitsschicht und deren Befreiung“ und zeigte dabei, daß nur eine feste gewerkschaftliche Organisation imstande ist, hierin Wandel zu schaffen, und daß weder Regierung, Unternehmer und Jücker den festen Willen haben, eine Reichsarbeitslosen-Versicherung einzuführen. Aus diesem Grunde ist es für den Arbeiter eine unabdingbare Notwendigkeit, sich den freigewerkschaftlichen und der politischen Organisation anzuschließen. Mit einem Hinweis auf die bevorstehenden Krankenkassenwahlen fand die gutbesuchte Versammlung ihr Ende.

Am Sonntag Mittag sprach in einer überfüllten Versammlung Genosse Wre über August Bebel's Leben und Wirken. So wandten die Zuhörer rufen die Kräfte über die Waden als der Redner die Entwicklung Bebel's vom einfachen Unteroffizierssohn bis zu einem Namen schilderte, der für sich im Anspruch nehmen konnte, der größte Parlamentarier und der erste Führer des gesamten internationalen Proletariats gewesen zu sein. Mit der größten Aufmerksamkeit wurde die Gedächtnisrede über seinen verstorbenen Parteiführer aufgenommen, worauf die Versammlung in würdiger Weise geschlossen wurde. Daß die Ausführungen auf guten Boden gefallen sind, beweist, daß nach Schluß des Vortrages eine große Anzahl von Leuten die bisher unserer Bewegung fernstanden, ihren Beitritt zu derselben erklärten. Parteigenossen! Nur weiter ist agitiert für unsere gute Sache, dann wird sich auch das Wort Friedrich L.: „Reife, im Pflanzensatz, du Baum der Hölle, dir wird dein Ungewachsen den Kopf zerbrechen“ auch einmal bezahnen.

Reichstagswahl, 26. August. Dreimalige Brandstiftung. In fünf Tagen erlöste hier dreimal das Feuer und immer bekannte es auf der Wohnung des Bauers Josef Wollte I. Beim ersten Feuer wurde die große weiße Scheune mit sämtlichen Viehbeständen eingestrichelt, das zweite Mal brannte der Kuhstall bis auf die Umkleenacht hin. Das dritte Mal mit großer Mühe

noch gerettet werden, wobei ein wild gewordener Bunte betnahe noch großen Schaden angerichtet hätte. Bei dem zweiten Brande wurde die Scheune des Nachbarn Chrus vom Feuer ergriffen, doch gelang es, die Flammen auf dem Scheunendach zu ersticken, jedoch Chrus mit geringem Schaden davonkam. Die Brand-schadenabklärung des ersten Brandes fand am Freitag, den 15. des zweiten am Dienstag, den 19. d. Mts., statt. Als die Abklärungskommission fort war, brannte es bei Wollte II wieder. Diesmal wurde das Feuer auf dem Kuhboden über dem Pferdestalle angelegt. Das Dachgeschloß des Stalles und die auf demselben lagernden Heubrüde von etwa 200 Zentnern sind ein Raub der Flammen geworden. Die von dem Unglück betroffenen Wollte'schen Geheule sind über die Vorfälle ganz niedergedrückt und tief erschüttert. Ueber die Entstehung aller drei Brände hat trotz eifrigster Recherchen der Polizeikommission bisher nichts ermittelt werden können. Der Gendarmetwachmeister nahm zwar bei dem letzten Brande einen jungen Mann als verdächtig fest, doch konnte nach den politischen Vernehmungen von Zeugen der Verdacht nicht gerechtfertigt werden und es erfolgte die Freilassung des Verhafteten am nächstfolgenden Tage. Auf die Spur des Brandstifters ist man aber bisher trotz aller Mühe nicht gekommen.

Neustadt O., 26. August. Zur Lohnbewegung an der Schuhmacher. Wegen Einziehung eines Lohntarifs an die Arbeitgeber der Heimindustrie fand am Sonntag in der alten Schuhmacherberge, eine Schuhmacher-Versammlung statt. Dieselbe war gemeinschaftlich von dem christlichen und dem freien Verbande einberufen worden und erstreckte sich eines guten Beschlusses. Die Beiratsleiter Kabus und Grunow gaben Rückblick über die vor längerer Zeit einzeln gemachten Versuche, die Arbeitgeber zu einer besseren Lohnzahlung zu bewegen. Alles ist bisher ohne oder von einem ganz minimalen Erfolg begleitet gewesen. Die Arbeitgeber beschanzten sich hinter die bei Lohnbewegungen gebräuchliche Ausrede, sie können nicht mehr bezahlen. Den Organisationen dagegen ist von Arbeitgebern selbst schon erklärt worden: Es ist möglich bestimmte Lohnsätze zu zahlen, wenn nur sämtliche Meister diese zu zahlen sich verpflichteten. Diesem arbeiten aber bekannte Fabrikanten stets entgegen, die ihren auf dem Lande wohnenden Gesellen noch erbärmlichere Löhne zahlen, als denen in der Stadt befindlichen. Bezeichnend für die menschenfreundlichen Gefühle der christlichen Arbeitgeber ist die stets althergebrachte Drohung bei Lohnforderungen den Betrieb zu schließen und, wie speziell der eine es machen will, wieder als Zusammen zu gehen. Diesem Herrn würde dann doch wohl bald die Erkenntnis kommen, wie auskömmlich es sich als Arbeitnehmer bei den hier üblichen Löhnen leben läßt.

Nach erfolgter Aussprache der Versammlung wurde einer von beiden Verbänden zu bildenden Lohnkommission der Austrag erteilt, einen Lohntarif an die Meister einzureichen. In einer angenommenen Resolution wurde besonders betont, sich diesesmal nicht wieder so leicht abweisen zu lassen. Die Stimmung in der Versammlung war gegen manche früherer ungleich entschlossener und zurechtlicher, wozu wohl das Erstarken der Organisationen in letzter Zeit beitrug. Den aber noch unorganisierten Schuhmachern rufen wir zu: Unterstützt das Bestreben eurer Arbeitskollegen, indem ihr an ihre Seite tretet und euch organisiert. Das Rückgrat der Meister wird nur gestärkt, wenn ihr absetzt hebt.

Neustadt O., 26. August. Vom Stadtparlament. Den Eichhändler Forstbeamten wurde für die Mehrleistung bei den Wundbrückerarbeiten 50 und 30 Mk. bewilligt. Die Gehaltsbegüße für den Förster im Revier Wildgrund-Arnoldsdorf wurden wie folgt festgesetzt: 1000 Mk. Grundgehalt, steigend von drei zu drei Jahren um je 150 Mk. bis 1500 Mk., 140,70 Mk. Deputatlohn, 180 Mk. Wert der Dienstwohnung, 75 Mk. aus dem Dienstlohn von 1,25 Hektar, 12 Mk. Grasnutzung. Die Pension des früheren Schlachthofdirektors Sieder wurde auf jährlich 2430 Mark festgesetzt. Mit der Nachzahlung von 715 Mk., die seit dem Jahre 1911 zu wenig gezahlt wurden, erklärte sich die Versammlung einverstanden. Unablässig mehrerer Unterstützungsgesuche städtischer Arbeiter und Angehöriger bei militärischen Dienstleistungen wurde nach längerer Debatte beschlossen, allen diesen die zu einer längeren als zweimonatigen Lebung eingezogen werden, und deren wirtschaftliche Verhältnisse eine Extra-Unterstützung gerechtfertigt erscheinen lasse, solche in Höhe des Laaelohnes zu zahlen, jedoch unter Abzug der vom Reiche zu zahlenden Entschädigung. Nach einer längeren Debatte wurden 2 Hektar mit einem Flächeninhalt von 3 Hektar, 5 Ar, 40 Quadratmeter gegen eine Jahrespacht von 18 Mark pro 25 Ar zwecks Anlegung von Schrebergärten an den Stadtrat Ziegler mit der Maßgabe verpachtet, daß beiden Teilen eine einjährige Kündigungsfrist vorbehalten wird.

Leis, 26. August. Einem Diebstahl zum Opfer fiel der erst seit kurzer Zeit an der hiesigen katholischen Volksschule tätige Lehrer Alfred Wiska während einer militärischen Lebung im Wandervergelände. Der Verstorbene war 25 Jahre alt.

Rosen, 26. August. Massen-Erkrankungen von Soldaten auf dem Flugplatz Lwica? Uns wird aus Rosen folgende Nachricht übermittelt, für die sonderbarerweise die dortigen bürgerlichen Blätter bisher kein Interesse zeigten:

Auf dem hiesigen Flugplatz Lwica sind am Sonnabend, den 2. August, 26 Soldaten an einer Vergiftung durch Nahrungsmittel schwer erkrankt. Alle 26 mußten kurz nach dem Genuß des Mittagbrotes in das Garnisonlazarett geschafft werden. Da die Erkrankten sich heute noch im Lazarett befinden, wird angenommen, daß es sich um eine schwere Erkrankung handelt. Ob schon Sterbefälle vorgekommen sind, kann nicht ermittelt werden, da sich die Militärbehörde in Stillschweigen hüllt. Die hiesigen bürgerlichen Blätter haben wohl auf höhere Anweisung die Angelegenheit totgeschwiegen.

Es wäre gut, wenn die Militärbehörde sofort eine genaue Darstellung über die uns gemeldeten Erkrankungen bringt.

Rosen, 26. August. Selbstmord eines Raubmörders. Der Raubmörder Wolf Flechner aus Pinneberg am 20. d. Mts. den Koink-Buchhalter Wilkowski ermordet hatte und hier ins Gefängnis eingeliefert wurde, hat sich in seiner Zelle erhängt.

5582/3

RUCK

ist die neue
Qualitäts-
3 Cigarette

Für die Inserate übernimmt die Redaktion nur die
archaische Verantwortung.